

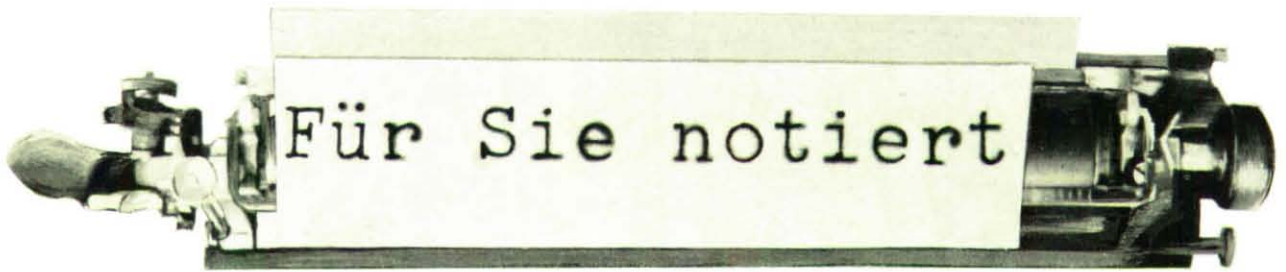
G 7448 E

Beilage: Vorschriften für den Zivilschutz

Ziviler Bevölkerungsschutz **ZB**

Nr. 12 · Dezember 1968 · 13. Jahrgang · Preis des Einzelheftes DM 1.50





Sechs Minuten Training für das „Büro-Herz“

Ein tägliches Sechs-Minuten-Training genügt nach Ansicht von Arbeitsmedizinern, um den Zivilisationschäden unserer Zeit zu entgehen. Dabei ist es gleichgültig, ob dabei Hüpfen, Laufen oder Kniebeugen den Menschen außer Atem bringen. Die Mediziner wünschen daher geeignete Sporträume in den Betrieben.

Chemie schützt Heizöltanks

Ob Heizöltanks ober- oder unterirdisch eingebaut sein mögen, eins haben sie alle gemeinsam: sie wurden aus Stahl hergestellt. Damit sind sie besonders stark der Korrosion ausgesetzt. Kondensiertes oder in den Behälter eingeschlepptes Wasser sammelt sich am Tankboden und verursacht dort die Lochfraßkorrosion.

Das kann – vor allem bei Grundwasserverunreinigungen – zu hohen Schadenersatzforderungen führen. Deshalb sollen Tanks rechtzeitig vor Korrosion geschützt werden. Die Chemie schuf daher den „Korrosions-Inhibitor“. Man nennt ihn volkstümlich auch den „Lochfraß-Hemmer“. Der Zusatz wird bei jeder Tankfüllung im Verhältnis 1:2000 zugegeben, er verbrennt, ohne Rückstände zu bilden, mit dem Öl. Vor allem für solche Tanks, die von innen nicht oder nur teilweise zugänglich sind, bildet Korrosions-Inhibitor praktisch die einzige Möglichkeit, den gefürchteten Lochfraß zu verhindern oder zumindest auf lange Zeit zu verzögern und damit die Lebensdauer der Tanks erheblich zu verlängern. w/fj

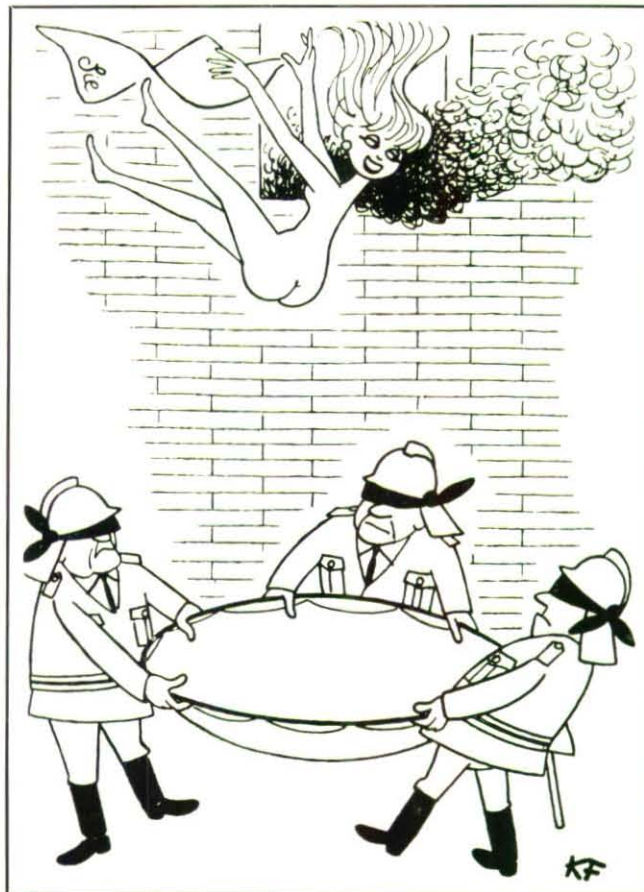
Kernkraftwerk Lingen übergeben

Das Kernkraftwerk Lingen – das zweite deutsche Großkernkraftwerk –, das am 20. Juli dieses Jahres zum erstenmal seine volle Leistung abgab, wurde am 1. Oktober 1968 (0.00 Uhr) dem Betreiber, der Kernkraftwerk Lingen GmbH, übergeben. Dieses 250-MW-Kernkraftwerk arbeitet mit einem AEG-Siedewasserreaktor und zeigte während seiner Inbetriebnahme hervorragende Betriebseigenschaften. Es wurde von AEG-Telefunken in vierjähriger Bauzeit an der Ems für Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG errichtet und liefert seinen Strom auch in das öffentliche Netz der VEW. (AEG)

Neues US-Luftverteidigungssystem

Die strategische Bomberstreitmacht der Sowjetunion ist in der Lage, den größten Teil ihrer nuklearen Bombenlast auf die vorgesehenen Ziele in den USA abzuwerfen, indem sie im Tiefflug den Radarschirm unterfliegt und den Abfangjägern durch die Boden-Störeschos entgeht. Kaum 30 oder 40% der sowjetischen Bomber könnten abgefangen werden. Diese Erkenntnis gab den Anstoß im US-Verteidigungsministerium zur möglichen Entwicklung eines neuen Luftverteidigungssystems: CONUS mit OTH-Radar, AWACS (Aribone Warning And Control System)-Flugzeuge und Abfangjäger F-106 mit Bodensicht radar, das zwischen den Hintergrund-Störeschos und einem einfliegenden Flugzeug unterscheiden kann. Ein zuverlässiges, wirksames Radarsystem für Abfangjäger gegen niedrig fliegende Bomber fehlte in den vergangenen 10 Jahren, so daß deren Abwehr nicht möglich war. Boden-Luft-Flugkörper sind gegen niedrig fliegende Ziele nur beschränkt einsatzfähig. Dies ist einer der Gründe, warum die B-52 im Einsatz blieben, die im Tiefflug ihre Ziele anfliegen können. Das aber können auch die sowjetischen BEAR, BADGER und BLINDER. Das Bodensicht radar ist erst seit kurzem verfügbar. Ob die UdSSR diese Technik beherrscht oder schon weiter ist als die USA, ist nicht bekannt. Die noch vor kurzem bis in Küstennähe der USA vorgebrachten Erprobungsflüge hätten jedoch gezeigt, daß sich die Sowjetunion immer noch auf ihre Bomberstreitmacht stützt.

Wehr und Wirtschaft

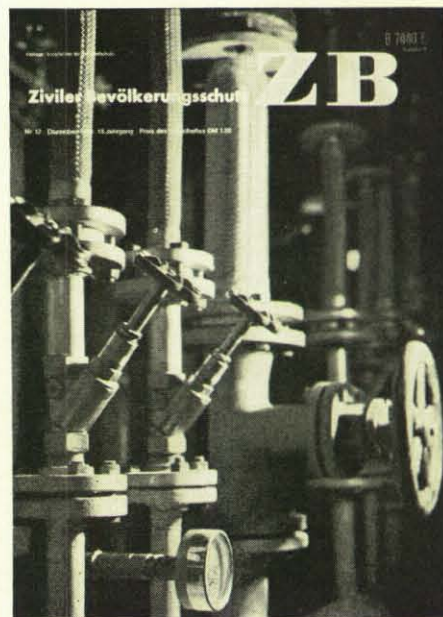


ZB 12'68

Nr. 12 · Dezember 1968 · 13. Jahrgang

Inhalt:

Seite	II	Für Sie notiert
Seite	2	Grußworte zum Jahreswechsel
Seite	4	Alte Bunker, neuer Schutz. Aus dem Schutzbauprogramm der Bundesregierung. Von Friedrich Martin
Seite	8	Zivilverteidigung auf Sparflamme. Finanzplanung des Bundes
Seite	10	Nancy, Hauptstadt der Sicherheit. Eine internationale Ausstellung im Zeichen des Schutzes und der Vorsorge
Seite	14	Zivile Verteidigung in Dänemark. Von Dr. Werner Lennartz, Kiel. Fortsetzung aus ZB Nr. 11
Seite	19	Direktor Dahl 70 Jahre
Seite	20	System „Luftglocke“. Staffel Bayern des freiwilligen Luftrettungsdienstes einsatzbereit. Von H. C. Weiler
Seite	24	Eine Frage der Vernunft. In jedes Fahrzeug gehört ein Verbandkasten
Seite	26	Gefährliche Ware — sicherer Versand. Transport radioaktiver Stoffe durch die Deutsche Bundesbahn
Seite	28	Neue Bücher
Seite	29	ZB im Bild
Seite	30	Landesstellen berichten
Seite	III	Jahresinhaltsverzeichnis



Zu unserem Titelbild: Die Wasserversorgung großer Schutzbauten erfolgt über Netzanschluß sowie eigene Brunnen oder Vorratsbehälter und wird zentral gesteuert. Auch Bunker aus dem Kriege, die wiederhergestellt wurden, erhielten neue, umfangreiche Versorgungsanlagen. Lesen Sie hierzu unseren Bericht auf Seite 4 ff.

Foto: Günter Sers

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz, 5 Köln, Eupener Straße 74, Telefon 49 50 71

ZB erscheint monatlich

Chefredakteur:
Dr. Bruno F. Schneider

Redaktion:
Helmut Freutel
Alfred Kirchner

Layout und Grafik:
Hannelore Apitz

Druck, Verlag und Anzeigenverwaltung:
Münchner Buchgewerbehaus GmbH
8 München 13, Schellingstraße 39—41
Telefon 28 50 51

Anzeigenleiter:
Hans Horsten
Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste 4/D

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion
Für unverlangte Beiträge keine Gewähr
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug,
ist nur mit Quellenangabe und mit
Genehmigung der Redaktion gestattet

Einzelpreis je Heft DM 1,50 zuzüglich Porto
(Österreich: öS 10,—, Schweiz: Fr. 1,80,
Italien: L 250)
Abonnement vierteljährlich DM 4,50,
jährlich DM 18,—.

Im Bezugspreis von DM 1,50 je Heft
sind 5,5% Mehrwertsteuer enthalten

Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum
Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen.

Sie muß bis spätestens an dessen
erstem Tag beim Verlag eingehen.
Bestellungen bei jedem Postamt
oder beim Verlag.





Ein längerer Zeitabschnitt der Ungewißheit über die zukünftige gesetzliche Regelung des Zivilschutzes und über die Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz liegt hinter uns. Nunmehr ist durch das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes der wichtige Platz des Selbstschutzes im Rahmen des Zivilschutzes erneut bestätigt worden. Die Grundlagen sind damit gelegt.

Auf diesen Grundlagen muß nun der Bundesverband für den Selbstschutz aufbauen und durch seine bewährte Öffentlichkeitsarbeit unsere Mitbürger umfassend über die Gefahren bei Katastrophen jeder Art informieren, ihnen die Maßnahmen des Zivilschutzes und der Zivilverteidigung erläutern und sie von der Notwendigkeit des Selbstschutzes überzeugen.

Allen Helferinnen und Helfern des Verbandes gebe ich zum kommenden Jahr meine besten Wünsche für die Erfüllung dieser umfangreichen und schwierigen Aufgabe mit auf den Weg, und ich hoffe, daß sie ihre Arbeit im Frieden für den Frieden erfolgreich durchführen können.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ernst R. Thunberg'. The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.

Bundesminister des Innern

Liebe Helferinnen! Liebe Helfer!

Das zu Ende gehende Jahr hat uns endlich die lang erwarteten festen Grundlagen für unsere Arbeit und darüber hinaus neue Aufgaben gegeben.

Vielleicht hat mancher von Ihnen während der letzten Jahre befürchtet, der Zivilschutz der Zukunft werde ohne den Selbstschutz neu konzipiert. Das Gegenteil ist eingetreten. Im Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes wird der Selbstschutz als Grundlage aller Zivilschutzmaßnahmen bestätigt und unser Verband zusätzlich mit einer ganz entscheidenden Aufgabe auf dem Gebiet des Zivilschutzes betraut: mit der Öffentlichkeitsarbeit.

Was Sie alle im Laufe der vergangenen Jahre in der Öffentlichkeitsarbeit für den Selbstschutz an praktischer Erfahrung gewonnen haben – das gilt es nunmehr auf das gesamte Gebiet des Zivilschutzes anzuwenden. Unsere Öffentlichkeitsarbeit muß vom Thema her neu gestaltet werden. In Ausstellungen, Filmen, Tonbildschauen und Broschüren und vor allem in Informationsveranstaltungen müssen wir unsere Mitbürger nicht nur von der Notwendigkeit der Selbstschutzmaßnahmen überzeugen, sondern sie darüber hinaus über alle behördlichen Maßnahmen des Zivilschutzes informieren und diese im Zusammenhang mit der Zivilverteidigung darstellen.

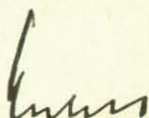
Starke Impulse wird unsere Arbeit im kommenden Jahr auch durch die neue Form der Selbstschutzgrundausbildung erhalten, mit der wir der Bevölkerung Überlebenshilfen für Katastrophenfälle jeder Art vermitteln können. Darüber hinaus werden wir nach wie vor die spürbaren Bedürfnisse vieler unserer Mitbürger nach einer weiterführenden Selbstschutzausbildung befriedigen müssen. Auch in der Frage des privaten Schutzraumbaus auf freiwilliger Grundlage wird die nächste Zukunft neue Initiativen bringen und unseren Bauberatern ein großes Betätigungsfeld eröffnen.

Alle Helferinnen und Helfer sind aufgerufen, die neuen Probleme mit Energie und Einsatzbereitschaft anzugehen und sie im Geiste der Kameradschaft und der »Humanitas« zu lösen.

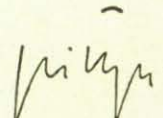
Wir sind überzeugt, daß auch die Helferinnen und Helfer, die im vergangenen Jahr zweifelnd abseits gestanden haben, wieder Freude an unserer gemeinsamen Arbeit finden werden. Sie hat an Bedeutung gewonnen, ist vielfältiger geworden und öffnet den Blick in die Zukunft. Es wird nicht zuletzt an Ihrer Initiative und Ihrer Überzeugungskraft liegen, daß die Zivilverteidigung als eine Säule der Gesamtverteidigung verstanden wird.

Am Ende eines arbeitsreichen Jahres danken wir Ihnen aufrichtig für die erbrachten Leistungen. Wir wünschen Ihnen und Ihrer Familie ein gesegnetes Weihnachtsfest und für 1969 Erfolg und privates Wohlergehen.

Köln, Weihnachten 1968



Kuhn
Präsident des Bundesverbandes
für den Selbstschutz
Oberstadtdirektor der Stadt Bielefeld



Fritze
Direktor des Bundesverbandes
für den Selbstschutz
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Alte Bunker - neuer Schutz

Aus dem
Schutzbau-
programm der
Bundesregierung



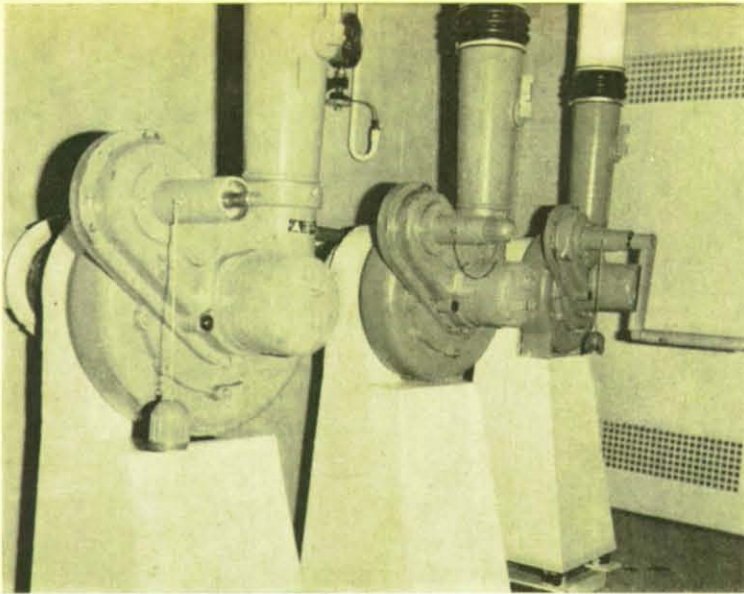
In vielen Städten unseres Landes gibt es noch Bunker aus dem 2. Weltkrieg. Viele dienten in der Nachkriegszeit als Notunterkunft, viele wurden während der Zeit der Wohnungsknappheit zu Wohnhäusern umgebaut. Selbst zur Zucht von Champignons dienten sie gelegentlich. In den letzten Jahren wurden zahlreiche brauchbare Bunker wieder ihrem alten Zweck zugeführt.



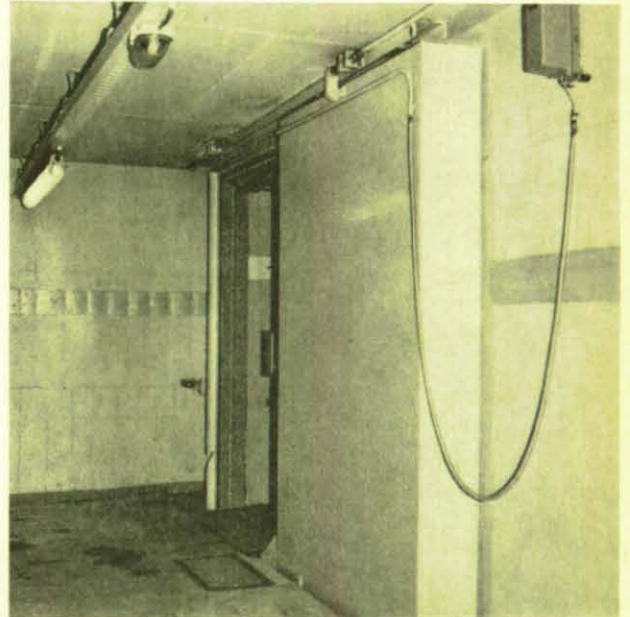
Hoch- und Tiefbunker aller Art bewahrten während der unzähligen Bombenangriffe des letzten Krieges viele Menschen vor Verletzungen und Tod.

Ein großer Teil dieser Bunkeranlagen war am Kriegsende noch erhalten, und nicht selten ragten einzelne Hochbunker einsam über die sie umgebende Trümmerlandschaft hinweg. Oft dienten sie dann, sofern noch bewohnbar, als Unterkunft obdachloser Menschen. Im Laufe der Zeit jedoch änderte sich ihr Verwendungszweck. Mit dem zunehmenden Wiederaufbau sank ihre Bedeutung. Schließlich wurden sie unerwünschte Fremdkörper. Einige wurden entfernt, andere, besonders solche in den Stadtzentren, versuchte man durch Umbau, durch das Ausbrechen von Fenstern und durch gefälligere Verkleidung einer neuen, sinnvollen und wirtschaftlichen Verwendung zuzuführen.

Als dann auch dem letzten Optimisten klar geworden war, daß es mit der friedlichen



Bei der Wiederherstellung der alten Bunker kam es darauf an, sie den Erfordernissen der heutigen Bedrohung anzupassen. Die notwendigen baulichen Änderungen mußten ergänzt werden durch neuzeitliche Belüftungsanlagen (links), durch die Einrichtung von Küchen (darunter) und durch moderne Abschlüsse (unten).



Welt, die man nach Kriegsende erhofft hatte, nichts werden würde, ging man daran, die noch vorhandenen Bunkerbauwerke und Stollen zu erfassen, um sie gegebenenfalls wieder ihrem ursprünglichen Verwendungszweck zuzuführen. Dabei wurden 1200 funktionsfähige oder instandsetzungswürdige Bunker und einige tausend Stollen ermittelt.

1955 begann ein Vorabprogramm der Bundesregierung, das sich auf den Aus- und Umbau von 39 Bunkeranlagen erstreckte, wovon bis heute 24 Bunker mit insgesamt 24 000 Schutzplätzen fertiggestellt worden sind. Vorabprogramm nannte sich dieses Vorhaben deshalb, weil mit dem Ausbau begonnen wurde, ohne daß eine gesetzliche Regelung vorlag. Die hauptsächlich nach ihrer Lage innerhalb von Großstädten der Nähe von Brennpunkten des öffentlichen Verkehrs befinden — wurden entsprechend den Erfordernissen der heutigen Bedrohung, d. h. einer Bedrohung auch durch

atomare Einsatzmittel, zum Zwecke des Ausbaus ausgewählt.

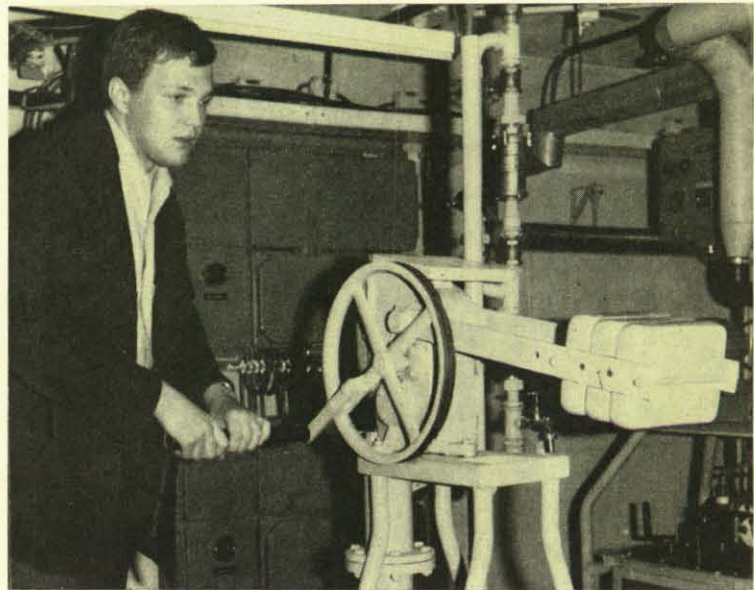
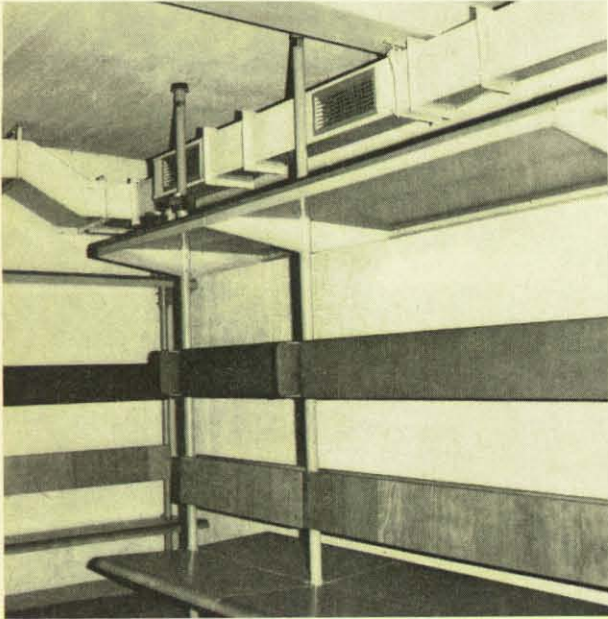
An der baulichen Substanz konnte kaum etwas geändert werden, was auch nicht erforderlich war, wenn das Bauwerk noch erhalten und in seinem Kern so gut wie unbeschädigt war. Die während des 2. Weltkrieges errichteten Bunker waren gegen die damals gebräuchlichen Angriffswaffen — Sprengbomben bis 1000 kg — durchschlagsicher und besaßen 3 m dicke dichtbewehrte Umfassungsbauteile. Die so gebauten Bunker entsprechen meistens auch den heutigen Anforderungen und bieten eine Druckresistenz von 3 atü, ein Schutzeffekt, den moderne Großschutzräume aufweisen müssen.

Verbessert wurden die ehemaligen Schutzräume durch neue Eingangsbauwerke mit Drucktüren, Schleusen und den wegen der Streustrahlung erforderlichen Abwinkelungen. Die umfangreiche technische Anlage mußte durch folgende Neuerungen ergänzt

werden: Belüftungsapparaturen, Sand- und Raumfilter, Notstromaggregate, Kühlrichtungen für Motoren und Atemluft, Wasserversorgung durch eigene Brunnen oder große Vorratsbehälter, Sitze und Liegen im Verhältnis 2:1 in getrennten Räumen, Abwasserbeseitigung, ärztliche und medizinische Versorgungseinrichtungen, Küchenräume mit der entsprechenden Einrichtung sowie Räume für einen Lebensmittelvorrat von 30 Tagen. Das Zeitmaß von 30 Tagen legte man zugrunde, weil neben einer Aufenthaltsdauer von etwa 14 Tagen bei radioaktivem Niederschlag mit einer gewissen Überbelegung gerechnet werden muß und weil dann so ein Schutzraum möglicherweise für ein einziges Zentrum weit und breit sein wird.

Schutzraumbau und Bunkerbau waren und sind immer dann im Gespräch, wenn die außenpolitische Situation sich gefährlich zuspitzte, wenn eine bewaffnete Auseinandersetzung irgendwo und irgendwo in den Bereich des Möglichen rückte. So entschloß sich z. B. die Bundesregierung unter dem Eindruck des Mauerbaus in Berlin im Dezember 1961 zur Durchführung eines Sofortprogramms, in das 650 alte Bunkeranlagen aufgenommen wurden, von denen bis heute 550 mit insgesamt 485 000 Schutzplätzen fertiggestellt sind. Bei die-

Teil des Belüftungssystems sind auch diese großen Raumfilter (rechts), die, falls nötig, vorgeschaltet werden können. Das Bild darunter zeigt eine Brunnenwasserpumpe, die, von Hand oder elektrisch betrieben, den Bunker vom Wasserversorgungsnetz unabhängig macht. Unten: Neue Sitzgelegenheiten und Teile der Raumbelüftung.



sem Sofortprogramm sollten die ausgewählten Bunker lediglich schnell begehbar und beschränkt benutzbar gemacht werden. Sie wurden also gereinigt, mit Wasseranschlüssen versehen und mit Beleuchtungskörpern ausgestattet. Dazu kamen gasdichte Abschlüsse. Auf diese Weise stand kurzfristig eine größere Zahl von Schutzplätzen zur Verfügung, die zwar nur eine zeitlich begrenzte Aufenthaltsdauer zuließen, die aber dennoch einen gewissen Schutz boten, besonders gegen herkömmliche Kampfmittel und die Fernwirkung von Atomwaffen, ohne daß astronomische Summen an Haushaltsmitteln benötigt wurden. Zur gleichen Zeit etwa wurde die Parkraumnot in unseren Städten so groß, daß man, weil freie Flächen nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung standen, Parkplätze in Parkhäusern und Tiefgaragen schaffen mußte. Besonders die Tiefgaragen boten sich dabei an, als Schutzräume mitverwendet zu werden, da sie den schutzbautechnischen Forderungen entgegenkamen. So mußten im wesentlichen noch die erforderlichen technischen Einrichtungen, die Nebenräume und die Abschlüsse zusätzlich vorgesehen werden. Durch ein „Mehrzweckanlagenprogramm“ der Bundesregierung, die dabei die schutzbaubedingten Mehrkosten übernahm und Entschädigungen für die durch den Bunkerteil verloren-

gegangenen Fahrzeugeinstellplätze zahlte, sind bis heute 27 derartige Mehrzweckanlagen mit insgesamt 51 000 Schutzplätzen fertiggestellt worden oder im Bau.

Für Mehrzweckanlagen galt ebenso wie für die im Vorabprogramm ausgebauten Bunker die Forderung, daß der Schutzgrad S 3 mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen zu erreichen sei. Diese Forderung führte bei der Errichtung von Mehrzweckanlagen zu einigen Schwierigkeiten und, bedingt durch die dafür erforderlichen großen Wandstärken, zu Platzverlusten und Mehraufwendungen.

In Zukunft wird man sich daher begnügen, die durch die friedensmäßige Nutzung bedingte Konstruktion zu belassen, sofern sie zumindest die Trümmersicherheit garantiert. Bei diesem Verfahren bleiben aber auf alle Fälle die hohen Kosten für die technische Einrichtung und Ausgestaltung und für die Abschlüsse usw. dieselben, es werden lediglich Kosten für Beton und Stahl

eingespart und etwas Platz gewonnen. Es erhebt sich aber dabei die Frage, ob der damit verbundene starke Verlust an Schutzzumfang durch die verhältnismäßig geringe Einsparung gerechtfertigt ist.

Die von der Bundesregierung bisher für die beschriebenen drei Programme aufgewendeten Mittel belaufen sich auf gut ¼ Milliarde DM. Es ist zu hoffen, daß in Zukunft die jährlich hierfür zur Verfügung stehenden Mittel nicht weniger werden, sondern eher noch zunehmen. Dabei wäre auch eine verstärkte Förderung des Baues von Mehrzweckanlagen zu begrüßen, wobei unbedingt auch der in den letzten Jahren begonnene und laufend stärker werdende Bau von U-Bahnstationen einbezogen werden sollte. Dafür wäre allerdings Voraussetzung, daß sich bei den betreffenden Stadtverwaltungen etwas mehr Einsicht in die politische Situation und etwas weniger Wunschdenken ausbreitet.

Friedrich Martin

Zivilverteidigung

Finanzplanung des Bundes

auf

Sparflamme



Mit den einschneidenden finanziellen Kürzungen der Mittel auf dem Sektor der Zivilverteidigung und deren möglichen Folgen in der Öffentlichkeit befaßte sich der Bundesrat in seiner 328. Plenarsitzung im Rahmen der Finanzplanung des Bundes 1968–1972.

Es gibt Leute, die behaupten, es sei unfein, von Geld zu reden. Wir gehören nicht dazu. Erst recht nicht, wenn es um Anliegen geht, die wir seit vielen Jahren vertreten. Darum haben wir uns über die Worte von Minister Dr. Schlegelberger gefreut, mit denen er in der 328. Sitzung des Bundesrates zur Finanzlage der Zivilverteidigung Stellung nahm. Darum veröffentlichen wir den Inhalt dieser Stellungnahme. Darum unterstützen wir auf diese Weise den Innenausschuß des Bundesrates, der es für seine Pflicht hält, die Öffentlichkeit in aller Deutlichkeit auf das krasse Mißverhältnis zwischen notwendigen Anstrengungen für die Zivilverteidigung und bereitgestellten finanziellen Mitteln aufmerksam zu machen. (Die Red.)

Der Bundesrat hat in seiner 328. Sitzung am 4. Oktober 1968 als Punkt 2 der Tagesordnung die Finanzplanung des Bundes 1968 bis 1972 beraten. Der Vertreter des Landes Schleswig-Holstein, Minister Dr. Schlegelberger, gleichzeitig Vorsitzender des Ausschusses für Innere Angelegenheiten des Bundesrates, erklärte in seinem Bericht an den Bundesrat, daß der Ausschuß für Innere Angelegenheiten bei der Beratung der Finanzplanung des Bundes 1968 bis 1972 sich im wesentlichen mit zwei Komplexen befaßt habe, nämlich mit den Ausführungen der Bundesregierung zur Gemeindefinanzreform und den finanziellen Ansätzen für die zivile Verteidigung. Zu dem Thema „Zivilverteidigung“ weist Minister Dr. Schlegelberger darauf hin, daß er bei den Haushaltsberatungen 1968 auf die einschneidenden Kürzungen der Mittel für die Zivilverteidigung aufmerksam gemacht habe. Man war sich damals im Innenausschuß darüber im klaren, Bedenken gegen drastische Kürzungen angesichts des übergeordneten Zieles der Ordnung und Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zurückzustellen. Zugleich wurde jedoch darauf hingewiesen, daß die Kürzungen bei einer Besserung der Finanzlage wieder auszugleichen seien. Darüber hinaus wurde die Bundesregierung gebeten — ohne Rücksicht auf die Finanzlage —, das Limit von 450 Millionen DM für die Zivilverteidigung nicht weiter zu senken, weil eine weitere Kürzung die gesamten Investitionen fragwürdig machen würde.

„Angesichts der besseren wirtschaftlichen Situation und der günstigeren Zukunftsprognosen, die die Bundesregierung in ihrem Finanzplanungsbericht für die nächsten Jahre stellt, hätte man nun erwartet“, so meint Schlegelberger, „daß auch auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung die finanziellen Ansätze angehoben würden. Trotz der besseren Gesamtsituation wurde dagegen der Globalbetrag um rund 20 Millionen DM gekürzt. Zudem soll dieser verminderte Globalbetrag bis in das Jahr 1972 hinein unverändert bleiben.“ Hieraus würden sich folgende Konsequenzen ergeben:

1. Der Anteil der Aufgaben für die zivile Verteidigung an dem wachsenden Haushaltsvolumen wird von Jahr zu Jahr geringer.
2. Im Hinblick auf die ständig steigenden Personal- und Sachaufwendungen verbleibt für die Zweckaufgaben ein immer geringer werdender Betrag. Er sinkt im Laufe der fünf Jahre, auf die sich die Finanzplanung erstreckt, von 239 Millionen auf 199 Millionen DM.

Minister Dr. Schlegelberger fährt in seinem Bericht fort: „Angesichts dieser finanziellen Vorausschau haben wir im Innenausschuß ernsthaft die Frage gestellt, ob es noch sinnvoll ist, überhaupt Anstrengungen für die zivile Verteidigung zu unternehmen. Wenn die öffentliche Hand nur den Anschein erweckt, für einen Notfall Vorkehrungen zu treffen, wirklich wirksame Maßnahmen aus Mangel an finanziellen Mitteln oder aus mangelnder Bereitschaft ausreichende finanzielle Mittel dafür aufzuwenden aber nicht ergreifen kann, dann lähmt sie auch die Initiative des Bürgers, selbst Vorkehrungen zu treffen, soweit es in seinen Kräften steht.“

Der Innenausschuß hielt es für seine Pflicht“, so heißt es in dem Bericht weiter, „die Öffentlichkeit auf diesen Tatbestand in aller Deutlichkeit aufmerksam zu machen. Da es sich hier nicht um eine Frage von Einzelmaßnahmen, sondern um eine Grundsatzentscheidung über die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik handelt, schien es dem Ausschuß nicht angebracht und angemessen, Änderungen von Einzelpositionen vorzuschlagen...“ In diesem Zusammenhang wird im Bericht auf weitere Gesichtspunkte hingewiesen, die aus den Erörterungen des Ausschusses hervorgehen und besonders auf den Schutz der Zivilbevölkerung und die Bereitschaft zur freiwilligen Hilfeleistung Bezug nehmen:

„Die Vorstellung, daß der rationellste Einsatz finanzieller Mittel zur Verteidigung und

der beste Schutz der Zivilbevölkerung in einer Verstärkung der Aufwendungen für die militärischen Anstrengungen liegt, ist nur bedingt richtig. Es ist keine neue, aber leider noch nicht allgemein verbreitete Erkenntnis, daß mangelhafte und unzureichende Anstrengungen und Vorbereitungen personeller, sachlicher und organisatorischer Art auf dem Sektor der zivilen Verteidigung zur Folge haben könnten, ja unter Umständen geradezu zur Folge haben müssen, daß die militärische Verteidigung lahmgelegt wird, weil den Truppen nicht die erforderliche Bewegungsfreiheit bleibt...“

Der Minister erinnerte in diesem Zusammenhang an seine im vergangenen Jahr gemachte Äußerung, die er auf Grund der inzwischen verschärften Situation noch einmal wiederholte, daß die zivile Verteidigung sich auf Zehntausende von freiwilligen Helfern in den bewährten Organisationen stütze. Wörtlich erklärte Minister Dr. Schlegelberger:

„Es war nicht einfach, den freiwilligen Einsatz dieser Menschen, die an sich zu anderen Zwecken in diese Organisationen eingetreten sind, auch für die Ziele und Aufgaben der zivilen Verteidigung zu gewinnen. Diese Menschen nehmen, wer will es ihnen verdenken, die Entscheidung über die finanzielle Ausstattung der zivilen Verteidigung zugleich als eine Entscheidung, wie die Bundesregierung und wie die gesetzgebenden Körperschaften des Bundes die Wichtigkeit und Wertigkeit dieser Aufgaben einschätzen. Daß sie im vergangenen Jahr zu zweifeln begonnen haben, ob ihre persönliche Einsatzbereitschaft noch sinnvoll ist, und daß diese Zweifel jetzt weiter genährt werden, sollte niemand wundern. Wir müssen deshalb zusätzlich zu der Beeinträchtigung der zivilen Verteidigungsbereitschaft durch die Beschränkung der finanziellen Mittel auch mit einer zunehmenden Zurückhaltung rechnen, sich freiwillig für die Aufgaben der zivilen Verteidigung einzusetzen. Die Bereitschaft zur freiwilligen Hilfeleistung im Notfall ist heute leider nicht mehr ausreichend, weil ein sinnvoller Einsatz nur nach eingehender Ausbildung und Übung möglich ist...“

Am Ende des Berichtes vertritt Minister Dr. Schlegelberger die Auffassung, daß die Bundesregierung ihre Einstellung zur Zivilverteidigung aus den dargelegten Gründen noch einmal überdenken sollte. Eine Auffassung, die nicht nur von der Redaktion der ZB, sondern gewiß auch von allen Helfern und Mitarbeitern innerhalb des Zivilschutzes vertreten wird.



NANCY

HAUPTSTADT DER SICHERHEIT

**Eine internationale Fachausstellung
im Zeichen des Schutzes und der Vorsorge**

Auch der BVS war wieder dabei



Vom 3. bis 8. Oktober fand in Nancy die vierte Internationale Fachausstellung für Sicherheit statt. Diese für Frankreich einmalige Veranstaltung, deren Programm den Schutz des Menschen im individuellen und kollektiven Bereich zum Inhalt hat, war auch diesmal wieder ein voller Erfolg. Beteiligt waren mehr als 130 französische und ausländische Firmen. Hunderte von Sicherheitstechnikern und -ingenieuren aus dem In- und Ausland besuchten die Messe, um sich über den neuesten Stand auf dem Ge-

Linke Seite: Der französische Zivilschutz wie auch der Bundesverband für den Selbstschutz waren auf der internationalen Fachausstellung in Nancy mit eindrucksvollen Ständen vertreten. **Unten:** Der französische Staatssekretär André Bord (links), hier begleitet vom Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Wolfgang Fritze, beim Besuch des deutschen Standes.

Krieg und im Frieden bedrohen. Es wurde ebenfalls gezeigt, was der Staat zum Schutze des Bürgers tut und was der einzelne für seinen persönlichen Schutz tun kann.

Um das auf den Ausstellungsständen Gezeigte zu ergänzen, konnten Besucher der Fachausstellung am 5. und 6. Oktober realistische Übungen sehen, an denen sich Selbstschutzkräfte aus der BRD sowie Zivilschutzkräfte aus Frankreich und Luxemburg beteiligten.

Ausgangspunkt für die Übung war eine Gasexplosion in einem mehrstöckigen Wohnhaus. Das Übungsobjekt war von den Mitarbeitern und Helfern des BVS entworfen, hergestellt und an Ort und Stelle aufgebaut worden. Je eine Staffel aus Ludwigshafen, Mannheim und St. Ingbert nahm an der Übung teil.

Und so verlief die Übung im Freigelände der Messe: Unmittelbar nach der Gasexplosion traten die unverletzt gebliebenen

war die Seilbahn aufgebaut, und sicher und fachgerecht wurde ein Verletzter nach dem anderen aus der Höhe geborgen. In der Zwischenzeit hatten sich aber auch die Helfer der französischen Protection Civile ans Werk gemacht. Sie bargen Verletzte aus dem mittleren Stockwerk mittels Leiterhebel. Da gab es für die Helferinnen und Helfer des französischen Roten Kreuzes alle Hände voll zu tun, bis alle Verletzten versorgt und in ein bereitstehendes Lazarett abtransportiert waren.

Wie gut Frauen auch mit technischen Geräten umgehen können, bewiesen Helferinnen aus Luxemburg. Vor dem stark beschädigten Wohnhaus lagen zwei umgestürzte, teilweise mit Trümmern bedeckte PKWs, in denen die Fahrer eingeschlossen waren. Sicher und schnell bedienten die Helferinnen ihre tragbaren Schneidegeräte, und es dauerte nicht lange, da waren die Karosserien der PKWs so weit aufgeschnit-



biet der Sicherheit zu informieren. Berufene Fachleute sprachen während der im Rahmen der Messe abgehaltenen Tagungen über Sicherheitsthemen aus allen Bereichen des Lebens.

Thema dieses Berichtes aber soll die gemeinschaftliche Vorführung sein, die von Zivilschutzverbänden Frankreichs, Luxemburgs und der Bundesrepublik Deutschland veranstaltet wurde.

Der Ausstellungsstand des Service National de La Protection Civile (SNCP) des französischen Innenministeriums wie auch der des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) befaßten sich vorwiegend mit Zivilschutzproblemen. Der BVS war auch in diesem Jahr mit einem modernen, graphisch eindrucksvoll gestalteten Informationsstand vertreten. Großfotos gaben einen Überblick über die Gefahren, die den Menschen im

Hausbewohner in Aktion. Mit ihren bescheidenen Kräften versuchten sie Verletzte zu bergen und Erste Hilfe zu leisten. Doch erst als zwei gut ausgerüstete Rettungstaffeln an der Schadensstelle eintrafen, bekam die Rettungsarbeit Form und System. Die Rettungshelfer waren noch bei der Arbeit, und aus den Trümmern drangen noch immer die Hilfeschreie der Eingeschlossenen, da trafen die Einheiten der Protection Civile aus Frankreich und Luxemburg ein sowie die des französischen Roten Kreuzes. Von nun an arbeiteten Zivilschutz Helferinnen und -helfer aus drei europäischen Ländern gemeinsam, um den in Not geratenen Menschen schnelle Hilfe zu bringen.

Die Luxemburger Protection Civile mit ihrer bekannt guten Ausrüstung übernahm die Bergung der Verletzten aus dem oberen Stockwerk. Schon nach einigen Minuten

ten, daß die Insassen befreit werden konnten.

Internationale Fachleute gaben den an der Übung beteiligten Helfern ihre volle Anerkennung. Eine Übung ohne Drehbuch mit Helferinnen und Helfern aus drei Nationen und dennoch ein glattes Ineinanderübergehen der Hilfsmaßnahmen, das war schon eine beachtliche Leistung, die von den Besuchern mit viel Beifall bedacht wurde.

Ein Musikzug der Feuerwehr aus Colmar führte am Sonntag, dem 6. Oktober, den großen Vorbeimarsch der Zivilschutzkräfte auf dem Place Stanislas an. Die über 500 Zivilschutzkräfte aus den drei Ländern zogen mit rund 80 Spezialfahrzeugen an hohen Verwaltungsbeamten und leitenden Herren der Zivilschutzverbände vorbei. Der Spielmannszug aus Dillingen/Donau hinterließ dabei einen ausgezeichneten Eindruck.



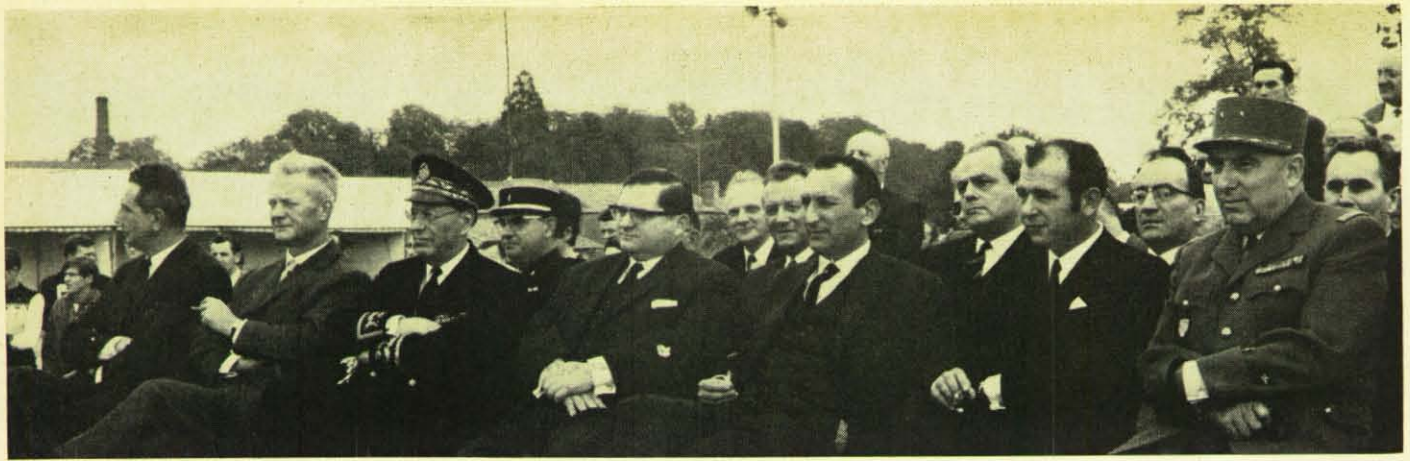
Das gemeinsame Mittagessen nahmen alle Beteiligten in einer großen Messehalle ein. Die Köche der französischen Protection Civile machten dabei der französischen Küche alle Ehre.

Neben der Beteiligung an der Ausstellung und an den praktischen Vorführungen bot sich für alle Teilnehmer an der Fachmesse reichlich Gelegenheit zu interessanten Kontaktgesprächen.

So nahm auch das gesellschaftliche Rahmenprogramm einen breiten Raum ein. In mehreren Begegnungen der leitenden Persönlichkeiten der Zivilschutzverbände kam sowohl das Einheitliche als auch das Unterschiedliche in Organisation und Zielsetzung zur Sprache. Dabei wurde übereinstimmend auf ein Charakteristikum hingewiesen, das man bei allen im Zivilschutz Tätigen festgestellt hat, ganz gleich aus welchem Lande sie auch kommen: Es ist der überall vorhandene Geist der Hilfsbereitschaft, der die Helfer beseelt, sich vorbehaltlos für das Schutzbedürfnis der Allgemeinheit einzusetzen. Diese Gemeinsamkeit der Wesensart wurde in den Tagen von Nancy abermals zu einem elementaren Fundament, auf dem sich mit Zuversicht auch weiterhin aufbauen läßt.



Ausgangspunkt für eine Gemeinschaftsübung von Zivilschutzkräften aus Frankreich, Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland war eine Gasexplosion und ihre Folgen. Jede der teilnehmenden Organisationen übernahm die ihr zukommende Aufgabe. Dabei gingen die einzelnen Phasen der Übung reibungslos ineinander über.



Leitende Herren des europäischen Zivilschutzes sowie Gäste wohnten der Übung bei.

An den Besprechungen, die in überaus herzlicher Atmosphäre verliefen, nahmen von französischer Seite teil: der Leiter der Protection Civile Française (PCF), Präfekt Raoul, und sein Mitarbeiter Monsieur Pisa, der Leiter der PCF des Departements Meurth et Moselle, Colonel Masson, sowie der Präfekt dieses Departements, Monsieur Longeaux.

Von luxemburgischer Seite war der Leiter des luxemburgischen Zivilschutzes, Major Brahms, und sein Mitarbeiter Monsieur Bierscheid vertreten, während von deutscher Seite der Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Fritze, und Landesstellenleiter Freiherr von Leoprechting teilnahmen. Die offizielle Begrüßung aller Delegationen und Teilnehmer erfolgte am Samstag, dem 5. Oktober, durch den Staatssekretär im französischen Innenministerium, Monsieur André Bord. Im Gefolge des Staatssekretärs nahmen die Vertreter der in- und ausländischen Zivilschutzverbände an der offiziellen Besichtigung der Messe teil. Staatssekretär Bord ließ sich eingehend informieren und brachte seine Freude über die gutnachbarlichen Beziehungen zum Ausdruck. Er besuchte ebenfalls die bereits geschilderten gemeinsamen Übungen.

Die Verdienste der Messeleitung, insbesondere des Direktors, Monsieur Detourbet, ihr Entgegenkommen gegenüber dem BVS, der ausgesprochen harmonische Verlauf sowohl der gesellschaftlichen als auch der technischen Veranstaltungen und last not least die konstruktive Zusammenarbeit mit der Protection Civile bleiben unbestreitbare Pluspunkte für das Ereignis in Nancy. Als Stätte der internationalen Begegnung wird diese Stadt als Hauptstadt der Sicherheit auch weiterhin einen würdigen Platz einnehmen.

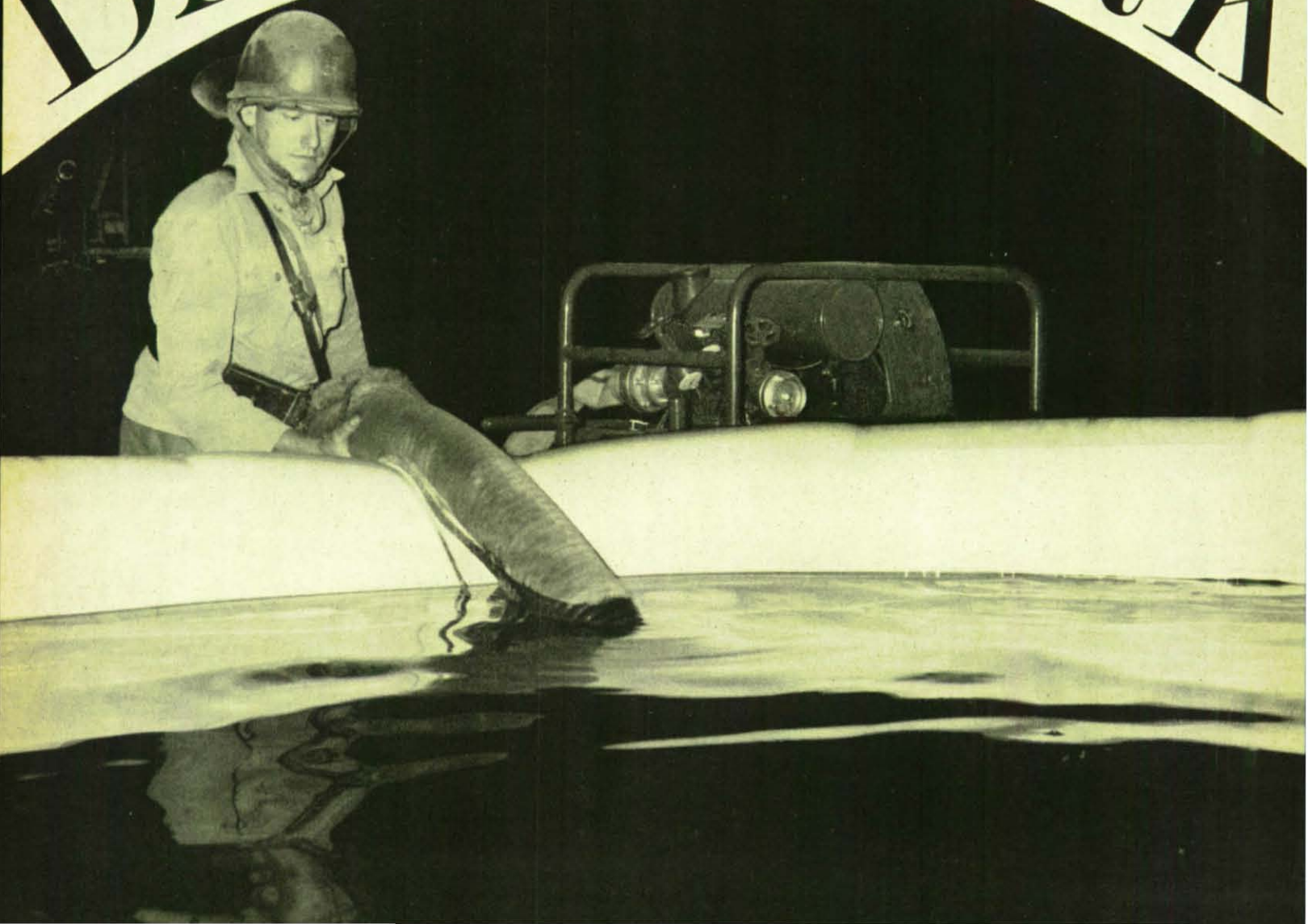


Die Übungsteilnehmer gaben mit ihren Leistungen einen Einblick in den guten Ausbildungsstand. Sie alle waren bei diesem Ereignis so recht mit dem Herzen dabei. Internationale Fachleute, die als Zuschauer an der Übung teilnahmen, gaben den Zivilschutz-Helfern aus drei Nationen Lob und Anerkennung.



ZIVILE
VERTEIDIGUNG
IN

DÄNEMARK



II Staatsbürger im Engagement

Strukturen und Analysen haben uns in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift mit der Organisation der Dänischen Zivilverteidigung hinreichend vertraut gemacht. Wenn wir uns nun dem Problem des engagierten Staatsbürgers in Dänemark zu, der diese Organisation trägt, lenkt und wirksam macht.

Vom guten Geist und guten Klima, wie es uns in der Kaserne des Zivilverteidigungskorps begegnete und uns beeindruckte, war die Rede. Wir haben gleiches allerorts getroffen. So die Hingabe, mit der sich die Wehrpflichtigen bei ihrer einmonatigen Ausbildung in der zentralen Ausbildungsstelle, der Kaserne Middelfart, mit den Erfordernissen der ersten Hilfeleistung bei Unfällen aller Art befaßten. Sie nehmen die Aufgaben sehr ernst, die sie als zukünftige Einheitsführer der Brandschutz-, Bergungs- und Instandsetzungsgruppen bei den örtlichen Hilfsdiensten erwarten. Da waren die Männer im Instrukteurlehrgang der technischen Schule in Tinglev. Unter härtesten Bedingungen standen sie eine in geradezu rücksichtsloser Realistik aufgezogene dreistündige Brandbekämpfungs-Nachtübung durch, wobei sie sich selbst letztmögliche Leistungen abverlangten. Eine schonungslose Bewährungsprobe, die um so höher zu bewerten ist, als es sich hier um überwiegend ehrenamtlich tätige, im Beruf stehende Helfer handelte. Ein Geist der Aufgeschlossenheit, der kennzeichnet, in welchem Maße obligatorischer und freiwilliger Dienst in der zivilen Verteidigung ernstgenommen, konsequent gehandhabt und von der Achtung der Öffentlichkeit getragen wird. Der Zivilschutzdienst — das ist eindeutig erkennbar — ist hier unbelastet von einem ideologisch unterbauten agitatorisch hochgespielten Ressentiment. Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Zivilverteidigung sind unbestritten, das Engagement des Staatsbürgers in der Wahrnehmung von Aufgaben und Pflichten selbstverständlich.

Das politische Bekenntnis

Von entscheidender Bedeutung dürfte es sein, daß der Zivilschutz in Dänemark eine breite politische Bejahung gefunden hat. Die vier großen Parteien treten sämtlich vorbehaltlos für den Zivilschutz ein. Dagegen sind nur die sozialistische Volkspartei und die Linksozialisten, die aber nur 15 von insgesamt 179 Abgeordneten im Folketing stellen und damit eine unbedeutende Minderheit repräsentieren.

Von den Behörden, die den Zivilschutz aufzubauen haben, wird ebenfalls übereinstimmend anerkannt, daß die Zivilverteidigung erst dann imstande sein wird, ihre Aufgaben zu erfüllen, wenn jeder einzelne Bürger versteht, daß die von der Öffentlichkeit im Hinblick auf Katastrophen- oder Kriegssituationen getroffenen Maßnahmen nur eine Unterstützung der vorhandenen Selbsthilfe sein können.



Aufklärung der Bevölkerung

Hier sieht die vom Dänischen Zivilschutzbund wahrgenommene Öffentlichkeitsarbeit ihr Wirkungsfeld. Nach schwedischem Vorbild wird die umfassende Information der Öffentlichkeit durch eine 4stündige Unterweisung im „persönlichen Schutz“ getragen; wir würden sagen, im „selbstschutzmäßigen Verhalten“. Dieser Lehrgang ist kostenlos und ohne Verpflichtung für die Teilnehmer, sich zur aktiven Mitarbeit in der Zivilverteidigung bereit zu erklären. Er liegt auf derselben Ebene mit Lehrgängen für elementare Erste Hilfe und Brandbekämpfung. Weit über 100 000 Personen haben sich dieser freiwilligen Ausbildung bisher unterzogen.

Außerdem wurde durch den Verband eine vom Direktorat der Dänischen Zivilverteidigung verfaßte Aufklärungsschrift unter dem Titel „Falls ein Krieg kommt...“ in einer Auflage von 1,3 Millionen an alle Haushaltungen verteilt; eine offene und ehrliche Information über Möglichkeiten und Grenzen des Zivilschutzes. Dieser Versuch einer unverblühten Meinungs- und Bewußtseinsbildung ist — im Gegensatz zum deutschen Experiment — absolut geglückt. Die Broschüre ist von der Bevölkerung gut aufgenommen worden und wird für die fachliche Information der Selbsthilfe im Lebensbereich immer wieder in Anspruch genommen.

Presse, Rundfunk und Fernsehen stellen sich bereitwillig in den Dienst dieser sach-

Gruppenunterricht in Erster Hilfe für Wehrpflichtige in der Zentralen Ausbildungsstelle Middelfart.

lichen Information und unterstützen damit wesentlich die publizistischen Bemühungen des Zivilschutzverbandes, der neben der Verteilung von Druckschriften und einem vierteljährlich erscheinenden Informationsblatt für 30 000 Abonnenten eine ausgedehnte Vortragstätigkeit mit Filmen in Stadt und Land unternimmt. Bei besonderen Anlässen werden auf Ausstellungen auch eigene Informationsstände zum Thema „Zivilschutz“ errichtet.

Die Hochschule des Zivilschutzes

Die Zentrale für die gesamte Öffentlichkeitsarbeit und Information in Zivilverteidigungsfragen ist die von uns ebenfalls besuchte Hochschule des Zivilschutzes Mirasol in Nord-Seeland. Der Name weist auf den ursprünglichen Verwendungszweck des stattlichen, repräsentativen Hauses unmittelbar am Strand des Öresunds hin. Die Atmosphäre des ehemaligen Hotels ist besonders geeignet, „Public Relations“ zu praktizieren. Neben der führungstaktischen Ausbildung für Instrukteure und Zivilschutzleiter, die hier zentral in Wochenlehrgängen durchgeführt wird, lädt diese Akademie



Die Ausbildung in der technischen Schule der Zivilverteidigung in Tinglev wird unter harten Bedingungen durchgeführt. Ob es darum geht, einen brennenden Omnibus abzulösen (links) oder ob einer Gruppe die Aufgabe gestellt wird, einen starken Brand zu bekämpfen (unten), in jedem Fall entsprechen die Umstände, unter denen geübt wird, einer rauen Wirklichkeit.

fortlaufend in Wochenlehrgängen Vertreter von Vereinen und Organisationen politischer, beruflicher und kultureller Art zu Informationstagungen ein, um sie mit dem Ideengut der zivilen Verteidigung vertraut zu machen. Viele maßgeblichen Persönlichkeiten sind hier in Vortrag und Gespräch erstmalig mit einem überraschend komplexen Problemkreis konfrontiert worden. Sie gewannen dadurch Vorstellungen, Maßstäbe und Standpunkte, mit denen sie selbst fortan direkt oder indirekt die öffentliche Meinung beeinflussen.

Erschwerende Momente

Wenn wir feststellen konnten, daß das politische Klima den gezielten Bemühungen um Gewinnung und Festigung eines Zivilschutzdenkens keineswegs abträglich ist und die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes und der Behörden in großzügiger Weise vom Staat gefördert wird, sei nicht übersehen, daß sich dem Aufbau der Zivilverteidigung dennoch immer wieder Schwierigkeiten in den Weg stellen.

„Eine der größten Schwierigkeiten“, meint Direktor Schultz, „mit der die Zivilschutzbehörden aller Länder zu kämpfen haben, ist das fehlende Verständnis, ja die Gleichgültigkeit der Bevölkerung dem Zivilschutz gegenüber. In diesem Punkt haben wir in Dänemark noch immer Schwierigkeiten.“ In zahlreichen Gesprächen, die wir führen konnten, wurde bei allem Stolz über das bereits Erreichte und Geschaffene wiederholt auf diesen Punkt hingewiesen. Auf einen gemeinsamen Nenner gebracht hieße das: Die Bereitschaft zum freiwilligen Ein-



satz, zum freiwilligen Engagement des Staatsbürgers im Wohlstandsdenken findet eine empfindliche Einschränkung.

Der freiwillige Impuls

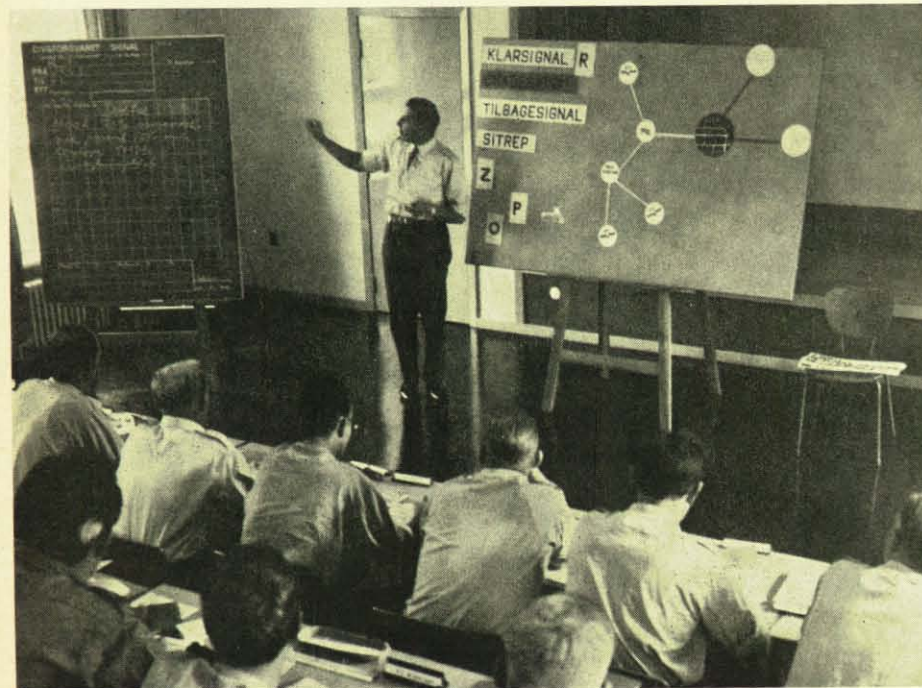
Wir stießen bei der Betrachtung des Selbstschutzes bereits auf einen neuralgischen Punkt. Da wir um die Schwierigkeiten beim Aufbau des Selbstschutzes im eigenen Land wissen, sei das in Dänemark sich stellende Organisationsproblem des Selbstschutzes ein wenig unter die Lupe genommen. Wir erinnern uns, daß die Blockchefs und deren Stellvertreter obligatorisch die eigene Ausbildung und die Führungsaufga-

be gegenüber dem Selbstschutz übernehmen und wahrnehmen. Zur Führungsaufgabe aber gehört unter anderem auch, daß sie ihrerseits die Bevölkerung im Hauselbstschutz ihrer Blocks ausbilden. Dazu ist es bekanntlich bisher nicht gekommen, und damit klingt das Problem der Freiwilligkeit an.

Daß sich ein Hauselbstschutz — im Gegensatz zum obligatorisch strukturierten Betriebselbstschutz — bislang nicht entwickeln konnte, ist wohl dem Umstand zuzuschreiben, daß die Blockchefs selbst technisch und taktisch geschult, nicht aber als Instruktoren ausgebildet sind. Der Zivilschutzbund seinerseits klärt zwar auf und bildet aus, hat aber sonst keine unmittelbare Beziehung zum Selbstschutz. Der Blockchef steht also in seiner Führungsaufgabe isoliert. Führungskräfte müssen, wie sich immer wieder zeigt, nicht gleichzeitig auch Ausbildungskräfte sein. Mit der Pflichtenfassung der Führungskräfte des Selbstschutzes ist für den Aufbau des Selbstschutzes solange nichts gewonnen, wie die Aufklärungs- und Ausbildungsorganisation nicht gleichzeitig auch Betreuungsfunktion gegenüber dem Selbstschutz wahrnimmt.

Schwund an Freiwilligen

Der Anteil freiwilliger Helfer ist im Gesamtbereich des Zivilschutzes in Dänemark erheblich zurückgegangen, seitdem auf allen Ebenen, also beim Zivilschutzkorps sowie in den staatlichen (Regionen) und kommunalen (Sektionen) Dienststellen, obligatorische Dienstleistungen in Anspruch genommen werden können.



Hierzu Direktor Schultz: „Bis vor wenigen Jahren bestanden die Hilfskräfte aus Freiwilligen. Es hat sich aber immer schwieriger erwiesen, das Publikum zum Eintritt in die Zivilverteidigung zu bewegen, namentlich in Kopenhagen und in den großen Städten, wo der Bedarf ja am höchsten ist. Wir haben deshalb durch die Revision des Zivilschutzgesetzes 1962 die Möglichkeit erhalten, Dienstpflichtige (Wehrpflichtige) auch zum örtlichen Zivilschutz der Städte einzuberufen.“

Direktor Schultz nennt das Verhältnis von Professionellen zu Freiwilligen:

„Von der ersten Kategorie sind heute 13 000 vorhanden. Sie haben ihre einmonatige Kasernenausbildung und die ergänzende kurzdauernde lokale Ausbildung absolviert. Von Freiwilligen sind heute nur noch ca. 8000 innerhalb der Dienstzweige des kommunalen Hilfsdienstes der Städte übrig.“

Die Zivilverteidigungspflicht

Nach dem 1962 revidierten Gesetz ist jede Person in Dänemark — soweit sie der Dienst bei den Streitkräften nicht daran hindert — vom 16. bis zum 65. Lebensjahr zur Dienstleistung in der Zivilverteidigung verpflichtet. Beamte und Angestellte in staatlichem oder kommunalem Dienst sind dazu verpflichtet, die Aufgaben zu übernehmen, die ihnen zur Durchführung der Zivilverteidigungsaufgaben übertragen werden.

Wehrpflichtige, die nicht zu den Streitkräften oder zum Zivilschutzkorps einberufen werden, können in der Zivilverteidigung, also auch in den örtlichen Hilfsdiensten, verwendet werden. Sie erhalten eine einmonatige Grundausbildung (200 Stunden) in Kasernen, und zwar je nach Bedarf der sie beanspruchenden Kommunalverwaltung in Bergung (75 Stunden) incl. 8 Stunden Brandschutz oder in Brandschutz (75 Stunden incl. 16 Stunden Bergung). Darüber hinaus weitere 125 Stunden allgemeine Ausbildung in Erster Hilfe, ABC-Schutz, Organisation sowie Material- und Fahrzeugpflege. Nach der Grundausbildung gehen sie in die Einheiten des örtlichen Hilfsdienstes, wo sie in zweijährigem Dienst je 50 Stunden jährlich weiterführende Ausbildung erhalten. Für Führungskräfte sind zu-

Soll die Brandbekämpfung rasch erfolgen, darf den Helfern das Kuppeln der Schläuche am Verteiler keine Schwierigkeit bereiten (Bild ganz oben). Bild Mitte: Eine als Anhänger mitgeführte Kraftspritze für eine leichte Brandgruppe. Neben der Praxis steht die Theorie. Auf dem Bild links erhalten die Teilnehmer Fachunterricht im Fernmeldedienst.

sätzlich weitere 200 Stunden über vier Jahre mit je 50 Stunden jährlich vorgesehen.

Zwischen Verpflichtung und Freiwilligkeit

Eine elegante Lösung ist diese Zivilverteidigungspflicht, die den jährlichen Zuwachs an professioneller Dienstleistung gesetzlich regelt, den personellen Bestand der Hilfsdienste auf örtlicher Ebene sichert, das Nachwuchsproblem bewältigt und das Engagement des Staatsbürgers in beneidenswerter Klarheit mit stets meßbarer Wirkung arrangiert. Ohne Zweifel sind Dienststellen und Schulen, Verwaltungen und technische Einrichtungen Nutznießer dieser gesicherten personellen Möglichkeiten.

Ein Zuwachs an beachtlichem und personellem Potential, allerdings zum Preis der Einbuße des ehrenamtlich-freiwilligen Elements, das der Zivilschutz — ungeachtet der obligatorischen Möglichkeiten auf der Ebene der örtlichen Zivilschutzleitung — auf dem weiten Gebiet des Selbstschutzes aber nur schwer entbehren kann.

Gerade der Zivilschutzbund ist unmittelbar davon betroffen, daß die in Dänemark konsequent beschrittene Entwicklung zum „obligatorischen Zivilschutz“ den Impuls des freiwilligen Helfertums empfindlich lähmt und der zunehmende Ausbau der örtlichen Zivilverteidigung durch professionelles Personal die dem Verband gestellten Aufgaben der Werbung Freiwilliger und deren Ausbildung erheblich erschwert. Bei Wahrnehmung dieser Aufgaben stützt sich der Verband nach wie vor auf freiwillige Helfer. Dies um so mehr, als diese Aufgaben von den „Professionellen“ — also von den staatlichen und kommunalen Ämtern — nicht bewältigt werden konnten. Ein Versuch, den vorhandenen Bestand freiwilliger Helfer dem Verband zu entziehen und unmittelbar in die kommunalen Verwaltungen einzubeziehen, war absolut fehlgeschlagen. Diese Erfahrung im Nachbarland sollte zu denken geben bei den Überlegungen, dem BVS das gemeinnützige Helfertum zu entziehen, den Selbstschutz zu kommunalisieren und die freiwilligen Helfer ebenfalls in die kommunalen Verwaltungen einzugliedern. Jedenfalls beneiden maßgebliche Stellen in Dänemark den Zivilschutz in der Bundesrepublik um eine Konzeption des Selbstschutzes, nach der das gemeinnützige Helfertum der Kontaktorganisation BVS — als echtes Bindeglied zwischen Rathaus und Wohnhaus — alle in Aufklärung, Beratung und Ausbildung erforderlichen Kontakte wahrnimmt, für die die Verwaltungen selbst weder Organ noch Personal zur Verfügung haben.

In den Städten Dänemarks wird von seiten der Zivilverteidigungsleiter ein steigendes Interesse dafür gezeigt, daß der Dänische Zivilschutzbund durch seine Aufklärung um Freiwilligkeit wirbt und mit den Freiwilligen Kontakt pflegt. Der Zivilschutzbund sucht zur Zeit die geeignete Verbandsstruktur, um dem Element der Freiwilligkeit noch besser gerecht werden zu können, auf das weder



Die Hochschule der Zivilverteidigung in Snekersten am Öresund ist die Zentrale für die gesamte Öffentlichkeitsarbeit. Instrukteure und Zivilschutzleiter erhalten hier in Wochenlehrgängen ihre Ausbildung. Darüber hinaus werden Vertreter von Vereinen und Organisationen im Rahmen von Informations-tagungen über das Ideengut der zivilen Verteidigung unterrichtet. Bild oben: Sektionschef Christensen erläutert an einer Karte den Bereitstellungsraum.

das Innenministerium noch die Zivilschutzbehörden noch der Verband selbst glauben verzichten zu dürfen.

Mitarbeit der Frau

Da man klar sieht und weiß, daß die Einberufung Wehrpflichtiger zu den Hilfsdiensten im Zivilschutzkorps sowie in den regionalen und kommunalen Stellen keine Veranlassung gibt, auf das Element der Freiwilligkeit zu verzichten, wird großer Wert darauf gelegt, die, wie es heißt, „Bereitschaft dänischer Frauen (Danske Kvinders Beredskab DKB) als Vertretung der Frauen im Zivilschutz zu erhalten, weil es in der Zivilverteidigung immer eine Reihe von

Aufgaben geben wird, für die man in ganz besonderem Grade weiblichen Beistand wünscht“.

Auch ist man sich der Tradition der DKB bewußt. Man ist der Ansicht, daß sie der Zivilverteidigung nutzbar gemacht werden sollte. Während der Besetzung und der Nachkriegsjahre diente nämlich die DKB als ein Sammelorgan für die Frauen, die in der Luftwehr Aufgaben wahrgenommen hatten. Nach der mehrfach genannten Reorganisation der Zivilverteidigung 1949 wurde der Wunsch geäußert, daß diese freiwilligen Frauen direkt in die Dienstbereiche aufgenommen würden, ohne an eine besondere Frauenorganisation angeschlossen zu sein. Die Sonderausbildung von

Direktor Dahl 70 Jahre

Seinen 70. Geburtstag beging am 6. September der ehemalige Direktor des Dänischen Zivilschutzes, Arthur Dahl, der zu den ältesten Pionieren auf diesem Gebiet zählt. Arthur Dahl gehörte bereits zum Beginn der dreißiger Jahre dem ersten Luftschutzausschuß seines Landes an. Als Mitglied dieses Ausschusses besuchte er im März 1935 auch Deutschland und war u. a. bei größeren Rettungs- und Verdunklungsübungen in Kreuzberg bei Berlin anwesend.

Bevor Arthur Dahl am 1. Dezember 1949 zum Direktor des Dänischen Zivilschutzes ernannt wurde, hatte er eine erfolgreiche Laufbahn bei der dänischen Polizei hinter sich. Einige Stufen seines Lebensweges seien hier aufgezeigt: 1917 Abitur, 1927



Promotion Dr. jur., 1928 Sekretär, 1933 stellvertr. Polizeihauptmann, 1934 Polizeihauptmann, 1933 bis 1938 und 1946 bis

1949 Lehrer an der Staatlichen Polizeischule, 1949 Vizereichspolizeipräsident, 1941 bis 1962 Chef der Staatlichen Zivilschutzverwaltung (Zivilschutzdirektor). Auch außerhalb seines Heimatlandes war Direktor Dahl als Fachmann auf dem Gebiet des Zivil- und Brandschutzes und der Verkehrssicherheit bekannt. Er nahm als Mitglied und Abgeordneter an internationalen Konferenzen und Komitees teil. Als Vertreter Dänemarks gehörte er von 1954 bis 1961 dem NATO-Ausschuß Zivilschutz an.

Zu Beginn des Jahres 1962 trat Arthur Dahl aus Gesundheitsgründen in den Ruhestand, war aber bereit, noch einige Jahre die Leitung der „Hochschule des Zivilschutzes“ beizubehalten. Mit Ablauf des Jahres 1968 wird er auch dieses Amt niederlegen. Der Bundesverband für den Selbstschutz wünscht Herrn Direktor i. R. Dahl einen erfreulichen Lebensabend.

Frauen würde somit den Behörden unterstellt. Zeit und Entwicklung haben aber gezeigt, daß es für die Behörden unmöglich ist, Freiwillige, insbesondere freiwillige weibliche Kräfte, zu binden. Ein erheblicher Abgang dieser Kräfte hat deshalb die Frage einer Neuordnung aufkommen lassen, und zwar in der Form, die DKB im Rahmen des Zivilschutzbundes zu einer selbständigen Organisation für die freiwilligen, in der Zivilverteidigung tätigen Frauen zu machen. Heute ist man auf die Mitgliedschaft der Königin in dieser Organisation sehr stolz.

Man sieht also, daß die auf Perfektion zielende Zivilverteidigungspflicht die Verantwortlichen in Dänemark keineswegs dazu verleitet, das Freiwilligkeitsprinzip gänzlich fallen zu lassen. Wie man im Landesteil Nordschleswig die Tradition der freiwilligen Feuerwehren konserviert hat — ich berichtete schon darüber —, wird man auch weiterhin sehr aufmerksam die Entwicklungen

beobachten und dahingehend beeinflussen, daß dem Element der Freiwilligkeit auch in der Zivilverteidigung der ihm gebührende Platz eingeräumt bleibt.

Was kostet es dem Staat?

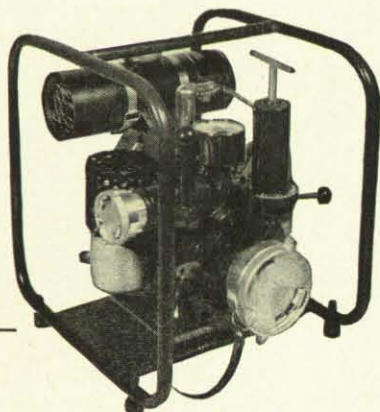
Mit der Frage nach der Finanzierung seien die Betrachtungen über die Struktur der Dänischen Zivilverteidigung und über die Art und Weise des Engagements des dänischen Staatsbürgers im Rahmen der Zivilschutzpflicht und der freiwilligen Dienstleistungen sachlich und nüchtern abgeschlossen.

Von den öffentlichen Zivilschutzaufgaben werden knapp 90 Prozent vom Staat und gut 10 Prozent von den Gemeinden bestritten. Das jährliche staatliche Zivilschutzbudget beträgt knapp 100 Millionen Kronen, das entspricht etwa 60 Millionen DM. 20 Kronen werden somit jährlich pro Ein-

wohner in Dänemark für den Zivilschutz aufgewendet, das sind also 12 DM. Die Aufwendungen des Staates für den Zivilschutz betragen ein halbes Prozent der gesamten jährlichen Betriebs- und Etablierungsausgaben.

Direktor Schultz hat das sehr treffend charakterisiert, in dem er von einer „Versicherungsprämie“ von einem halben Prozent sprach, die der Staat von seinen Gesamtausgaben für die Entwicklung und Aufrechterhaltung von Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung zahlt. Die jährlichen Zivilschutzausgaben betragen etwa 5 Prozent der jährlichen Kosten für die militärische Verteidigung.

Auch diese Relationen machen — wie die zuvor gezeigten Strukturen und Analysen sowie die Bewältigung des Personalproblems — deutlich, daß Dänemark seiner Zivilverteidigung an Konsequenz nichts schuldig bleiben will.



MINIMAX

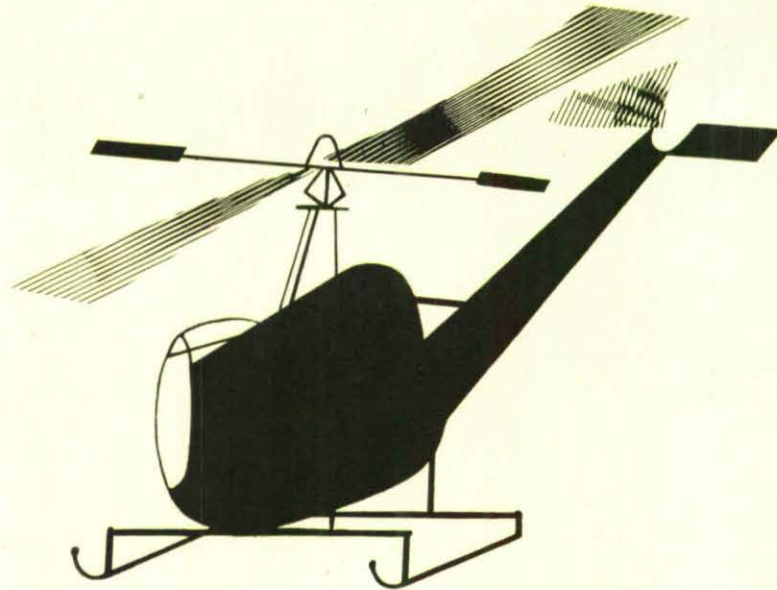
liefert alles für den Zivilschutz

Technische und persönliche Ausrüstungen für Brandschutz, Rettung und Laienhilfe

Nebenstehendes Bild zeigt die neue leistungsfähige Kleinmotorspritze TS 05/5 MOTOMAX

MINIMAX - Aktiengesellschaft, 7417 Urach / Württ.

System „Luftglocke“



Staffel Bayern des Freiwilligen Luftrettungsdienstes einsatzbereit

Von H. C. Weiler, Bonn



„Überwachung und Rettung aus der Luft“ war das Thema einer Fachveranstaltung in München, bei der sich die Deutsche Gesellschaft für Hubschrauberverwendung und Luftrettungsdienst e. V. mit einem bemerkenswerten Vorschlag zur Verbesserung des Unfallrettungswesens an die Öffentlichkeit wandte und zugleich ihre neue Freiwilligenstaffel Bayern vorstellte.

Auf 12 Stützpunkten 37 Luftfahrzeuge

Der neuen Staffel gehören freiwillige Flieger an, die sich zur Hilfeleistung mit ihren Luftfahrzeugen verpflichtet haben. Die Staffel verfügt auf insgesamt zwölf Stützpunkten über 33 Flächenflugzeuge und vier Hubschrauber. Sie steht unter Leitung von Dipl.-Ing. Lill. Ihre Aufstellung wurde vom Landesverband und den Ortsvereinen des Deutschen Aero-Clubs in erheblichem Maße unterstützt. Die Organisation erinnert weit-

Vor dem Start des Überwachungsflugzeuges eine letzte Besprechung über Einzelheiten des Auftrages.

gehend an das Vorbild der Schweizerischen Rettungs-Flugwacht. Ministerialrat Dr. Oehlers vom Bayerischen Staatsministerium des Innern begrüßte in einer Ansprache den Zuwachs, der sich für das Gesamtgefüge des Unfall- und Katastrophenschutzwesens im Lande durch die Fliegerstaffel ergebe. Als weiteres Zeichen staatlichen Interesses verlas der Vizepräsident des Bayerischen Aero-Clubs ein Grußtelegramm von Staatssekretär Lauterbach.

Vorschlag eines „Luftlocken“-Systems

Der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Hubschrauberverwendung und Luftrettungsdienst e. V., Präsident a. D. Erich Hampe, trat in einem Vortrag mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit, den er mit dem Begriff „Luftglocke“ umriß. Der Vorschlag wurde aus den langjährigen Erfahrungen der Gesellschaft und einer Reihe befreundeter Organisationen im In- und Ausland erarbeitet. Bei dem System der Luftglocke sollen die wichtigsten Autobahnen und Straßen von Flächenflugzeugen abgeflogen, also ein größeres Gebiet mit einer Glocke der Sicherung aus der Luft überzogen werden. Die Beobachter an Bord melden über Funk an die Polizeileitstellen und das Unfallrettungswesen die Verkehrsdichte, die Tendenz — z. B. ob anschwellend, abnehmend — und Unfälle sowie sonstige Stauungsursachen. Dadurch können vorbeugende Maßnahmen getroffen werden. Außerdem wird die Polizei in vielen Fällen früher als bisher von Unfällen erfahren. Je nach der Situation kann auch schon ein Rettungshubschrauber alarmiert werden, bevor Polizeistreifenwagen und Sanitätsdienste an der Unfallstelle eintreffen und dies veranlassen. Untersuchungen haben ergeben, daß noch immer relativ viel Zeit verloren geht, bis Unfallbeteiligte oder hilfsbereite Verkehrsteilnehmer die nächste Rufsäule oder das nächste Telefon erreicht haben. Wenn dann Polizei und Unfallwagen noch in Stauungen steckenbleiben, kann es bis zu einer Stunde und länger dauern bis die Hilfe am Unfallort eintrifft. Diese Zeit kann aber für die Rettung Schwerverletzter entscheidend sein. Erste Hilfe durch Laien ist gut. Doch in einem gewissen Prozentsatz der Fälle kann nur sofortige ärztliche Hilfe am Ort des Unfalls die Rettung ermöglichen. Daher ist das Anfliegen eines Arztes mit dem Hubschrauber meist wichtiger als der spätere schnelle Transport in ein Krankenhaus.

Die bei dem Luftglocken-System zahlenmäßig überwiegenden Flächenflugzeuge sind relativ billig in Anschaffung und Betrieb. Da sich Flächenflugzeuge in großer Zahl in Privathand befinden, können die Einsatzkosten sehr gering gehalten werden, wenn man auf die Freiwilligen der Luftrettungsstaffeln zurückgreift, die lediglich den Kraftstoffverbrauch in Rechnung stellen. Die teuren und im Betrieb kostspieligen Hubschrauber können konzentriert für die Aufgaben eingesetzt werden, die allein von ihnen durchgeführt werden können, wie Anflug und Absetzen von zusätzlichen Polizeikräften, Arzt und ggf. Sanitätshelfern, Abtransport von Schwerverletzten, wie z. B. solchen mit Schädelbasisbruch oder Rückgratverletzungen, Verbrennungen und ähnlichen Fällen besonderer Dringlichkeit.

Erprobung im Raum München

Bei einer Erprobung, die seit Pfingsten im Raum München läuft, hat sich erwiesen, daß sich das System der Luftglocke durchführen läßt. An Tagen mit besonders hoher Verkehrsdichte haben die Mitglieder der Freiwilligenstaffel Bayern in Zusammenarbeit mit der Landpolizei Überwachungsflüge mit ihren Flächenflugzeugen vorgenommen. Dabei zeigte sich, daß relativ wenige Flüge ausreichen, um die Verkehrslage in einem großen Raum zu übersehen und ihre Tendenz festzustellen.

ADAC und BRK haben zusammen mit dem Süd-Helicopterdienst, einer Mitgliedsfirma der Gesellschaft für Hubschrauberverwendung und Luftrettungsdienst, versuchsweise für die Dauer eines halben Jahres einen Hubschrauber-Rettungsdienst eingerichtet. Der moderne Turbinenhubschrauber vom Typ „Jet-Ranger“ kann in kurzer Zeit so umgerüstet werden, daß er zwei Verletzte auf Normtragen aufnehmen kann. Die Maschine steht an jedem Wochenende von morgens früh bis Sonnenuntergang auf dem Flughafen München-Riem in Bereitschaft. Der Pilot ist als Sanitäter ausgebildet. Außerdem fliegt in der Regel ein Arzt mit. Obwohl sich das System der Alarmierung noch einspielen muß, hat der Hubschrauber bereits in mehreren Fällen Hilfe bringen können, die mit großer Wahr-

P 398 a · 468



Mit Sicherheit verbunden ... UKW-Funksprechgerät FuG 7b

FuG 7b für den rollenden und fliegenden Einsatz — im Dienste der Sicherheit. Seine Charaktereigenschaften:
Leistungsfähig

120 Frequenzpaare für Gegensprechen; oder 240 Einzel Frequenzen für Wechselsprechen; 10 Watt und 3 Watt — umschaltbare Senderleistung.

Sicher

Volltransistorisiert; nur wenige, leicht austauschbare Baugruppen; schwallwasserdicht.

Raumsparend

Kompakte Bauweise, daher geringer Raumbedarf; geringe Einbautiefe; geringes Gewicht.

Universell

Verwendbar als Tornister — und Fahrzeugstation, als Feststation oder für Sondereinsätze — als mobile oder stationäre Doppelstation.

Fordern Sie unter FA 289 Informationsmaterial an.

Standard Elektrik Lorenz AG
Geschäftsbereich Weitverkehr und Navigation
7 Stuttgart-Zuffenhausen, Hellmuth-Hirth-Straße 42
Telefon: *(0711) 8211, Telex: 722861

Im weltweiten **ITT** Firmenverband





Links: In dem Rettungshubschrauber „Jet-Ranger“ können zwei Verletzte transportiert werden. Unten: Der mit Hubschrauber angeflogene Arzt versorgt den Verletzten und gibt ihm zur Schockbekämpfung eine Infusion. Der Pilot assistiert dabei sachkundig.

Rechts: Sobald der Verletzte transportfähig ist, wird er mit dem Hubschrauber zum nächsten Krankenhaus geflogen. Die Infusion wird während des Fluges fortgesetzt.

scheinlichkeit entscheidend für das Leben der Betroffenen war. Die Kosten für die Dauereprobung werden zum Teil vom Bundesverkehrsministerium, zum Teil vom ADAC aus eigenen Mitteln getragen.

Fliegende Hilfe in aller Welt

Im Rahmen der Fachveranstaltung wies die Deutsche Gesellschaft für Hubschrauber-Verwendung und Luftrettungsdienst sehr eindrucksvoll nach, daß die fliegende Hilfe in vielen Ländern — in begrenztem Rahmen — bereits seit Jahrzehnten ein fester Bestandteil des Rettungswesens ist. In Nordamerika gibt es Rettungsflyer schon seit über 40 Jahren. Auch im Ostblock zeigt sich rege Aktivität. Die Bundesrepublik Deutschland hat da noch manches aufzuholen.

Andererseits aber ist es erstaunlich, aus dieser authentischen Quelle zu erfahren, daß die Hilfeleistung aus der Luft im alltäglichen Unfallrettungswesen im Ausland auch erst am Anfang steht. Neben Ansätzen in den USA, wo vor wenigen Monaten die ersten krankenhauseigenen und von Krankentransport-Unternehmen betriebenen Hubschrauber ihren Dienst aufgenommen haben, und dem Krankentransportsystem des französischen Protection Civile können daher die Erprobungen in unserem Land zweifellos als Pioniertaten angesehen werden. Für die Ergebnisse zeigt sich bereits weltweites Interesse. ■





Lebensmittel richtig lagern

Der Verderb von Nahrungsmitteln in den Haushaltungen nimmt ständig zu, obwohl eine Vielzahl von Einrichtungen zum Schutz unserer Lebensmittel zur Verfügung steht. Der größte Verlust an Lebensmitteln entsteht durch bakterielle Einwirkungen. Besonders gefährdet sind tierische, eiweißhaltige Nahrungsmittel. Durch Fäulnis erfolgt die Zersetzung des tierischen Eiweißes. So verdankt das Wurstgift sein Entstehen dem beschränkten Luftzutritt bei gleichzeitiger Wärmeeinwirkung. Selbst gekochtes oder gebratenes Fleisch oder Fleischwaren, vor allem Leber- und Blutwurst, sind unter ungünstigen Bedingungen einer raschen Fäulnis unterworfen. Besonders zu warnen ist vor angebratenem Fleisch, das für den nächsten Tag aufgehoben werden soll. Die Bakterien lassen im Inneren des Fleisches giftige, sehr hitzebeständige Stoffwechselprodukte entstehen, die als Gifte wirken. Eine besondere gesundheitliche Gefährdung kann durch längere Aufbewahrung von rohem Fleisch eintreten. Bereits zu Beginn der Infektion sind in einem Gramm Hackfleisch viele Millionen Bakterien enthalten, die sich innerhalb eines Tages unter günstigen Bedingungen zu vielen Milliarden vermehren. Als Wurstvergiftungen sind auch die Vergiftungen durch Fleischgerichte, z. B. Fleischsalat (besonders beim Anrichten mit Mayonnaise) sowie durch Schinken und Pökelfleisch zu verstehen. Etwa 30 Prozent dieser Vergiftungen, die auch durch den Ge-

nuß von Büchsenfleisch oder Fleischpasteten hervorgerufen werden können, verlaufen tödlich. Die Verwendung von kurz gekochtem oder gebratenem Fleisch sowie das schlechte Räuchern kann zur Entstehung der Wurstvergiftungen beitragen. Die Wurstvergiftung ist keine Infektionskrankheit, denn nicht die Bakterien wirken, sondern die Stoffwechselprodukte der Bakterien, die Bakteriengifte (Toxine). Leider zeigen die von der Vergiftung befallenen Speisen oft keine geschmacklichen und äußerlich sichtbaren Veränderungen. Bei den Blechkonserven sollte man auf Ausbuchtungen, die sogenannte Bombage, achten. Konserven mit Bombagen sollen, wie auch aufgegangene Gläser, vom Genuß ausgeschlossen werden. Gemüse und Obst unterliegen einer besonders starken Verschmutzung und bakteriellen Gefährdung von der Ernte bis zum Verzehr. Allein schon durch Begießen mit bakteriell verunreinigtem Wasser (Kopfdüngung) und Einbringen von Krankheitskeimen mit der Düngung kann es zu einer starken Vermehrung von Typhus-, Ruhr-, und Enteritissbazillen kommen. Auch die ständig zunehmende Verwurmung der Bevölkerung durch Eingeweidewürmer sollte ein Anlaß sein, diese Nahrungsgüter besonders sorgfältig zu reinigen (mehrmaliges Waschen unter fließendem Wasser). In besonderen Fällen empfiehlt es sich, die Reinigung durch Kaliumpermanganat-Lösung vorzunehmen. AD

ZB

Einbanddecken

für Jahrgang 1968
Halbleinen
mit Rückenprägung

Preis: DM 2,50
zuzüglich Porto

Bestellungen bis 1. März 1969 erbeten

ZIVILER BEVÖLKERUNGSSCHUTZ
im Verlag
Münchner Buchgewerbehaus GmbH
8 München 13, Schellingstraße 39/41

SPORT-ILLUSTRIERTE weiß mehr!

sport
ILLUSTRIERTE

Spannende Reportagen, interessante Hintergrund-Berichte, packende Fotos, Porträts bekannter Sportler – das ist die SPORT-ILLUSTRIERTE

Alle 14 Tage neu!

Die Zeitschrift für jeden Sport-Freund

Wer sie liest, kann mitreden.

Mit **RAT** und **TAT**
im **Katastrophenschutz**

**Bundesverband
für
den Selbstschutz**

EINE FRAGE DER VERNUNFT

**In jedes Fahrzeug
gehört ein Verbandkasten**

Es sind nicht nur die Fachzeitschriften einschlägiger Hilfsorganisationen, die immer wieder die Notwendigkeit der Verbreitung von Kenntnissen in Erster Hilfe und Sofortmaßnahmen am Unfallort in den Vordergrund stellen. Auch die Tagespresse sowie die Illustrierten nehmen sich, angesichts der gewaltigen Zahl von Unfällen, immer öfter dieses Themas an. Das ist gut so. Denn nach der Statistik vergeht in unserem Lande keine Minute, in der nicht zwei Schwerverletzte ins Krankenhaus abtransportiert werden, und mit jeder Stunde löscht der Verkehrstod zwei Menschenleben aus. Nach Unterlagen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sterben jährlich rund 200 000 Menschen an den Folgen von Verkehrsunfällen in der ganzen Welt.

Die Erste Hilfe allein kann den Verkehrstod, diese Geißel unseres technischen Zeitalters, nicht verhindern. Dazu gehören viele ineinandergreifende Maßnahmen. Staatliche Vorsorge zur Unfallverhütung ist z. B. nur eine der wesentlichen Voraussetzungen. Verkehrsschilder, sinnvoll dosiert und angebracht, stellen ebenfalls einen bescheidenen Beitrag dar. Noch stärker ins Gewicht fallen der Ausbau des Verkehrsnetzes, das der gegenwärtigen und kommenden Kraftfahrzeugdichte angepaßt werden muß. Die Fahrer müssen zu vernünftigem Fahren angehalten werden, die Industrie noch verkehrsgerechtere Fahrzeuge bauen.

Dennoch, die Zahl der Kraftfahrzeuge nimmt von Tag zu Tag zu und damit auch die Zahl der schlechten Fahrer, die sich zwangsläufig unter denen befinden, die einen Führerschein und eine Zulassung erworben haben. Es gibt viele gute, disziplinierte und defensiv fahrende Fahrer. Doch es gibt



auch Leichtsinnige, Unvorsichtige und solche, die aggressiv und bar jeder Vernunft ihren Wagen durch das Heer der Rücksichtsvollen steuern. Der Tag, an dem sie einen Unfall verursachen, ist bei ihnen beinahe vorauszusehen. Würde es sie nur selbst betreffen, könnte man fast mit Sarkasmus sagen: Na, ja. Sie haben es nicht besser gewollt. Doch meistens sind bei diesen Unfällen auch andere Personen beteiligt.

Hat es also gekracht, sind Menschen schwer verletzt, so liegt eine der wichtigsten Chancen zum Überleben in der ersten Versorgung an der Unglücksstätte. Die vom Unglück betroffenen sowie vorüberkommende Kraftfahrer und Passanten sind, bevor die Krankenwagen am Unfallort eintreffen, zunächst auf sich selbst angewiesen. Jetzt heißt es, Kenntnisse in der Ersten Hilfe zu haben und, was genau so wichtig ist, über irgendeine Unfallausstattung zu verfügen. Diese kann aus einem guten und zweckmäßigen Verbandkasten, aber auch aus Unfall- bzw. Arztunfallkoffern bestehen. Ärztliche Sachverständige, in erster Linie Chirurgen und Anaesthesisten, Pathologen und Gerichtsmediziner sind der Auffassung, daß durch die Verbesserung der Erstversorgung der Verletzten durch Laienhelfer und Ärzte am Unfallort sowie auch auf dem Transport ins Krankenhaus die Zahl der Toten erheblich vermindert und die Auswirkungen der Verletzungen stark gemildert werden könnten. Die Zeitschrift „Motorwelt“ des ADAC schreibt in ihrer Ausgabe vom März 1967: „Unfallärzte sagen, daß 20—25% der Toten nicht hätten sterben müssen, wenn die Helfer nicht so kopflös reagiert und die Besonnenen die Handgriffe gekonnt hätten.“

Da in den meisten Fällen nicht Ärzte sondern Laien als erste an der Unfallstelle sind, und um die Zahl derer, die nicht nur helfen wollen, sondern auch helfen können, zu vergrößern, hat man ja bekanntlich auch vor, in Zukunft den Erwerb des Führerscheins von einer Teilnahme an einer Ausbildung über Sofortmaßnahmen am Unfallort abhängig zu machen.

Während die in erster Linie für Ärzte vorgesehenen Unfallkoffer in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik noch unterschiedlich ausgerüstet sind, ist für Verbandkästen bereits eine einheitliche Norm gefunden worden. Das DIN-Blatt Nr. 13 164 unterscheidet Verbandkästen B für Kraftfahrzeuge, C für Betriebe und D für Schutzräume. Im Inhalt gibt es dabei leichte Abweichungen.

Geht man davon aus, daß es durchaus empfehlenswert ist, wenn sich jeder Haushalt oder jede Hausgemeinschaft für einen Schutzraum oder Behelfsschutzraum u. a.

einen Verbandkasten zulegt, aber auch jeder Fahrer nach Möglichkeit in seinem Fahrzeug einen Verbandkasten mitführen sollte, so dürfte es nur praktisch sein, wenn man auch für den Kraftwagen den Verbandkasten für Schutzräume nach D-DIN 13 164 erwirbt. Er unterscheidet sich von dem Kraftfahrzeugverbandkasten nur dadurch, daß sein Inhalt um 1 Fieberthermometer, 1 Jodtinktur, 1 Beruhigungsmittel sowie um 1 schmerzstillendes Mittel erweitert worden ist.

Das wird nicht in allen Fällen zweckmäßig sein und wäre von Fall zu Fall zu entscheiden, doch die Tatsache, daß es schon eine ganze Reihe von Kraftfahrern und Kfz-Besitzern gibt, die einen Verbandkasten für Schutzräume in ihren Fahrzeugen mit sich führen, zeigt, daß hier der Gedanke der Wirtschaftlichkeit Pate gestanden hat.

Noch mehr Kraftfahrer sollten lernen, daß sie bei einem Unfall nicht immer auf fremde Hilfe rechnen können. Sie sollten daher die für die Erste Hilfe notwendigen Verbandmittel selbst im Wagen mit sich führen. Eine solche Anschaffung ist keine Kostenfrage, sondern nur eine Frage der Vernunft.

H. F.



Wer hat als Kraftfahrer Situationen, wie sie die Bilder auf der linken Seite und ganz unten wiedergeben, nicht schon erlebt! Sie sollten eine Mahnung für diejenigen sein, die noch immer keinen Verbandkasten für Erste-Hilfe-Leistungen in ihrem Fahrzeug griffbereit haben.





Gefährliche Ware - sicherer Versand

Transport radio- aktiver Stoffe durch die Deutsche Bundesbahn

Das Wachstum der Kernenergie-Wirtschaft wird in der nächsten Zeit auch dazu führen, daß die Beförderung von Kernbrennstoffen und anderen radioaktiven Stoffen zunimmt. Das Bestreben nach größtmöglicher Sicher-

heit bei der Verwendung der Kernenergie hat schon frühzeitig dazu geführt, daß der Transportphase der Kernenergie-Anwendung, bei der sich die spaltbaren Stoffe und andere radioaktive Stoffe außerhalb umschlossener Kernanlagen oder sonstiger Anwendungsstätten der Kernenergie befinden, große Aufmerksamkeit gewidmet wurde. In Voraussicht der Wichtigkeit einheitlicher Sicherheitsvorschriften für den stark zunehmenden internationalen Verkehr mit radioaktiven Stoffen hat die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien schon im Jahre 1962 — fünf Jahre nach ihrer Gründung — die erste Ausgabe der Vorschriften für die sichere Beförderung radioaktiver Stoffe („Regulations for the Safe Transport of Radioactive Materials“) veröffentlicht. Es waren die dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM) angeschlossenen Staaten, die als erste diese Empfehlungen der IAEO in die Rechtsvorschriften ihrer Eisenbahnen über die Beförderung gefährlicher Güter übernahmen (Internationale Ordnung für die Beförderung gefährlicher Güter mit der Eisenbahn — RID —). Inzwischen sind die 1967 revidierten Wiener Empfehlungen in fast alle internationalen und in viele nationale Verkehrsträgervorschriften aufgenommen worden.

Das Bundesbahn-Zentralamt Minden, das

vom Bundesminister für Verkehr zur Aufsichtsbehörde über die Beförderung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen bestellt wurde, berichtet über seine Erfahrungen mit der Beförderung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen durch die Deutsche Bundesbahn im Zeitraum von 1964 bis 1967. In diesem Zeitraum ist — wie die nachstehende Tabelle zeigt — die Zahl der Sendungen mit radioaktiven Stoffen bei der Deutschen Bundesbahn erheblich gestiegen.

Zahl der in den Jahren 1964 bis 1967 mit der Deutschen Bundesbahn beförderten Versandstücke und Wagenladungen

Jahr	Expreßgut	Stückgut	Wagenladung
1964	8 000	1 200	3
1965	11 000	1 400	9
1966	18 000	1 600	98
1967	23 000	1 800	105

Die in den letzten Jahren zu verzeichnende starke Zunahme der Verwendung von Radionukliden in der Medizin hat im Expreßgutverkehr fast zu einer Verdreifachung der Sendungen geführt. Bei den gewichtigeren Wagenladungssendungen, die einen weiten Bereich umfassen — schwachradioaktive Uranerze, angereichertes Uranhexafluorid und Urandioxid, unbestrahlte und bestrahl-

te Brennelemente, radioaktive Rückstände, Großkobaltquellen — zeichnet sich die beginnende großtechnische Anwendung der Kernenergie ab. Unter den Stückgutsendungen sind die umschlossenen Strahlenquellen — zum Beispiel aus Iridium 192, Kobalt 60 — für die seit Jahren etablierte technische Radiographie im Rahmen der zerstörungsfreien Materialprüfung zu nennen; dort führen die hohen Abschirmgewichte zu Versandstücken von mehr als fünfzig Kilogramm Gewicht.

Mit Ausnahme der Uranerze mit ihrer geringen spezifischen Aktivität oder der schwachaktiven Rückstände, die man in Schüttgutwagen beziehungsweise in genormten Zweihundertliter-Metallfässern befördert, werden die radioaktiven Stoffe entweder in sogenannten Typ A- oder, wenn es sich um größere Aktivitäten und Stoffe größerer Radiotoxizität handelt, in Typ B-Verpackungen befördert. Für die Typ B-Verpackungen, die ohne Beeinträchtigung ihrer Sicherheitsfunktion nacheinander einen Fall aus neun Meter Höhe auf eine nicht nachgebende Fläche, ein halbstündiges Feuer von achthundert Grad Celsius und ein mehrstündiges Untertauchen in Wasser — mindestens neunzig Zentimeter unter die Oberfläche — aushalten müssen, ist eine Bauartmustergenehmigung der Bundesanstalt für Materialprüfung (Berlin) erforderlich. Verlangen die für die Eisenbahnen geltenden Rechtsvorschriften neben der Bauartmustergenehmigung noch eine besondere Beförderungsgenehmigung (das ist zum Beispiel bei der Beförderung von Großquellen oder bei der Beförderung von spaltbaren Stoffen der Fall, die ein größeres Gefahrenrisiko darstellen), dann wird diese Genehmigung von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig erteilt. In begründeten Fällen genehmigt der Bundesminister für Verkehr ausnahmsweise die Beförderung in anderen Transportverpackungen als in den laut RID vorgeschriebenen Verpackungen. Es handelt sich dann oft um Verpackungen, die in den Vereinigten Staaten von Amerika oder in Kanada noch vor der Einführung der Wiener Empfehlungen hergestellt wurden. Die fehlende Entsprechung gegenüber den Wiener Empfehlungen wird bei diesen Transportverpackungen in der Regel durch erweiterte Auflagen, so durch Beschränkung der Transportgeschwindigkeit, fachkundige Transportbegleitung und anderes ausgeglichen.

Die Überprüfung der Versandstücke auf die von ihnen ausgehende Strahlung zeigte recht befriedigende Ergebnisse. Dosisleistungsmessungen an der Oberfläche der Versandstücke und in einem Meter Entfernung an mehr als zweihundert Versandstücken und in einem Meter Entfernung an mehr als zweihundert Versandstücken zeigten Mittelwerte von siebenundzwanzig Milliröntgen je Stunde (mR/h) beziehungsweise sieben mR/h, die dreizehn beziehungsweise sieben Prozent der höchstzulässigen Dosisleistungen entsprechen. Nur einige ältere Transportverpackungen wiesen bei ebenfalls kleiner durchschnittli-

cher Oberflächendosisleistung an den Deckelverschlüssen eine Leckstrahlung auf, deren Dosisleistung den Grenzwert von zweihundert mR/h erreichte oder in wenigen Fällen auch überschritt, wenn zum Nachweis kleinvolumige Strahlendetektoren oder die Filmschwärzungsmethode angewandt wurden.

Obwohl an einzelnen Annahme-Bahnhöfen der Deutschen Bundesbahn mehrere tausend Versandstücke mit radioaktiven Stoffen im Jahr angenommen werden, blieben die Jahresdosen der Bundesbahnbediensteten, welche die Versandstücke handhaben, noch genügend weit unter den zulässigen Dosen, wie Personen-Dosismessungen zeigten.

Bei fast siebzigtausend Sendungen in den Jahren 1964 bis 1968 sind nur sieben ge-

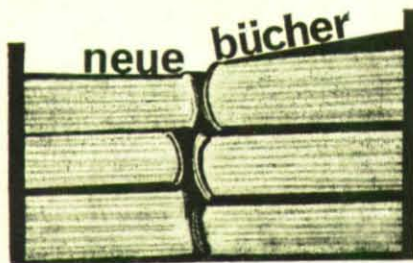
ringfügige Zwischenfälle — meistens Verpackungsbeschädigungen — bei der Beförderung kleiner Aktivitäten in Typ-A-Verpackungen aufgetreten, die weder zur Freisetzung radioaktiver Stoffe noch zu einer unzulässigen Belastung von Personen durch äußere Strahlung führten.

Die bisher günstigen Erfahrungen bei der durch strenge Vorschriften geregelten Beförderung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen durch die Deutsche Bundesbahn zeigen, daß auch im Hinblick auf die Beförderung der hohe Sicherheitsstand der schnell wachsenden Nuklearindustrie eingehalten werden kann, der eine wesentliche Voraussetzung für die Bewältigung der künftig in immer größeren Mengen anfallenden radioaktiven und spaltbaren Stoffe ist. (Deutsche Bundesbahn)



In immer größerem Umfang werden durch die Deutsche Bundesbahn Transportgüter mit radioaktivem Inhalt befördert. Der Versand von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen unterliegt strengen Vorschriften. So müssen die Versandstücke deutlich sichtbar das internationale Warnzeichen (Bild links) tragen, das auf ihren radioaktiven Inhalt hinweist. Unten: Darüber hinaus wird die Dosisleistung an der Oberfläche der Verpackung mit einem Strahlenmeßgerät überprüft. Diese Messungen dienen der Sicherheit des Personals.





Notstandsrecht der Bundesrepublik Deutschland

Kommentar von Senatspräsident i. R. Dr. Richard Töpfer. Loseblattausgabe mit Kunststoffordner, 548 Seiten, DM 28,—, Verlag R. S. Schulz, 8136 Percha am Starnberger See, Berger Straße

Diese Sammlung enthält zusammengefaßt in einem einzigen handlichen Ordner sämtliche Notstandsvorschriften in alphabetischer Reihenfolge. Neben den Gesetzen sind auch Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften wiedergegeben. Soweit in den Notstandsgesetzen auf andere Rechts-

vorschriften verwiesen wird, sind auch diese auszugsweise abgedruckt. Begrüßenswert ist die übersichtliche Anordnung. Soweit die Paragraphen der jeweiligen Rechtsvorschriften keine amtliche Überschrift enthalten, sind entsprechende Hilfen vorangestellt, um dem Benutzer eine rasche Orientierung über den Gesetzesinhalt zu ermöglichen. Für denjenigen, der nicht täglich mit Gesetzestexten zu tun hat, aber nun aufgrund der Gesetzgebung sich mit dieser Materie befassen muß, sind die Benutzungshinweise wie auch das umfangreiche Abkürzungsverzeichnis von großem Nutzen. Ein umfassendes Sachregister erlaubt an Hand von Stichworten schnellste Information über die Rechtsmaterie. Die Loseblattform dieser Gesetzessammlung bietet die praktische Möglichkeit, Änderungen und neue Erlasse schnell und sauber einzurufen.

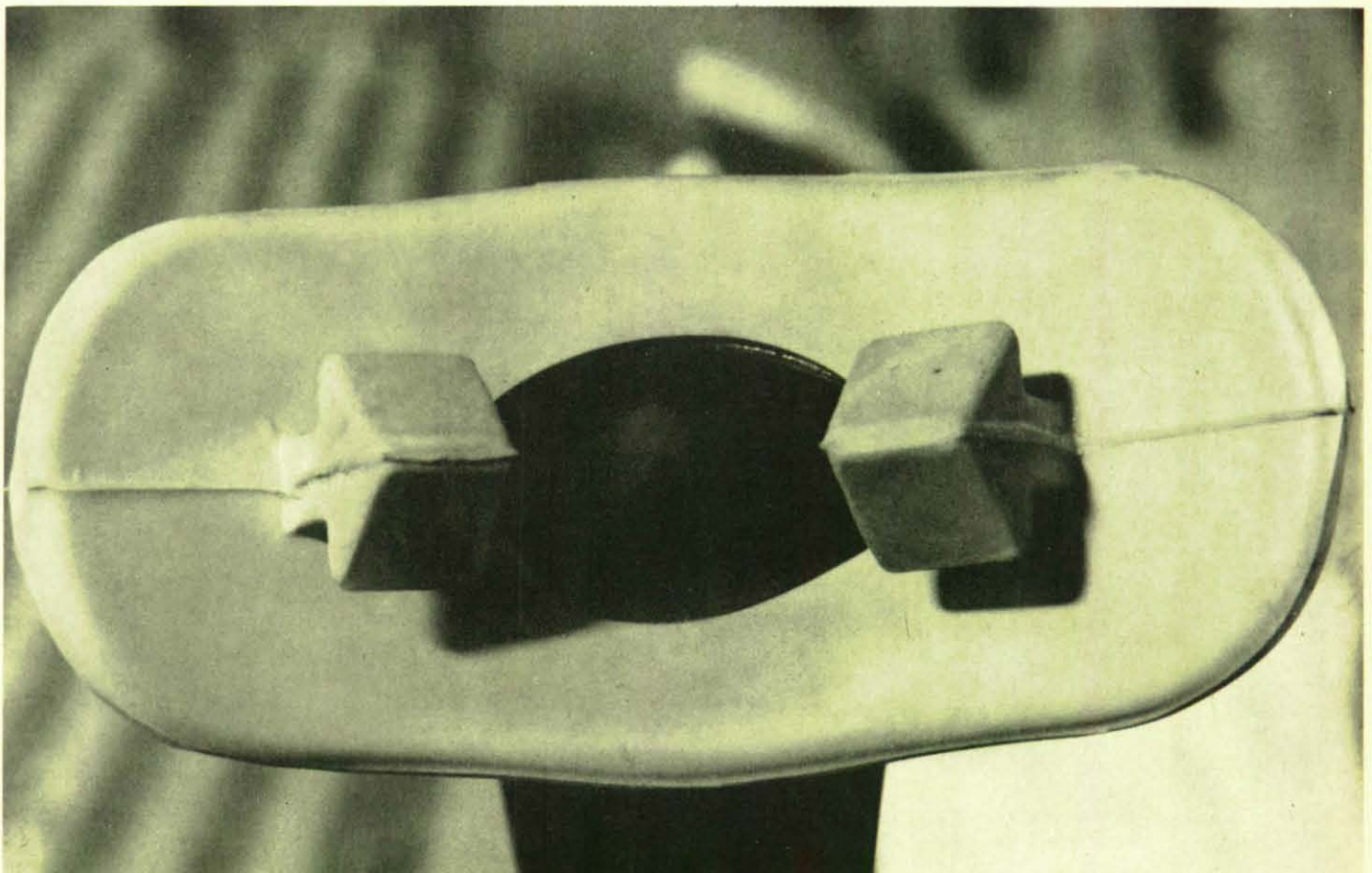
Offensive ohne Waffen

Entwicklungshilfe — Teil einer neuen Friedensstrategie. Herausgegeben von Cornelius Bormann, 68 Seiten, DM 3,80. Jugenddienst-Verlag, Wuppertal, Postfach 217

Zu den Autoren, die dem o. g. Werk eigene Artikel beisteuerten, gehören Erhard Eppeler, Wolfgang Hofmann, Hans-Martin Schöll, Martin Schröter und Bernhard Schultheiß. Es enthält ferner Interviews mit Ludwig Raiser und Hans-Jürgen Wischniewski. Die Absicht des kleinen Buches ist ganz offensichtlich. Es will sich an der Suche nach gangbaren Wegen zum Frieden in dieser Welt beteiligen. Dabei stellt der Herausgeber insbesondere zur Debatte, was die Bundesrepublik zu einem internationalen Friedenszustand beitragen kann. Es sind gute und friedliche Gedanken, die hier Verbreitung finden. Es wird einfach Schluß gemacht mit der These eines Clausewitz, wonach der Krieg die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln sei. Statt dessen steht ein Satz am Ausgangspunkt aller Überlegungen, der 1948 vom Weltrat der Kirchen verabschiedet wurde: „Krieg ist gegen den Willen Gottes.“ Über Zahlen und Fakten des militärischen und zivilen Dienstes und über die Militärseelsorge gelangen die Autoren zum Thema „Friedensdienst ohne Waffen“, womit die Wichtigkeit des Entwicklungsdienstes im Weltkonflikt gemeint ist. Zu diesem Thema äußern sich in sehr interessanter Weise Politiker sowie ein Jurist und ein Theologe.

Aus der Nähe besehen ...

... sieht manches schon recht eigenartig aus. So auch dieser Teil eines Gerätes, das in der Ersten Hilfe Verwendung findet und auch zur Ausrüstung der Laienhelferstaffeln der Selbstschutzzüge gehört. Wenn Sie nicht erraten, was es ist, schlagen Sie auf Seite 32 nach.



ZB im Bild

Viele junge Menschen sind interessierte Leser unserer Fachzeitschrift „ZB“. Sie finden in ihr fachliche Hinweise und erfahren Wissenswertes aus den Randgebieten des Zivilschutzes.



Oben: Die Zapfwellenpumpe ist ein in den ländlichen Gebieten geschätztes Selbstschutzgerät. Es läßt sich an den heute in jedem Bauernhof vorhandenen Traktor anschließen.

Links: Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft bemüht sich in ihrem Kampf gegen den nassen Tod, jede Möglichkeit zur Rettung von Menschenleben zu nutzen. Mit ihren Rettungstauchern hat sich ihr Aktionsradius erheblich erweitert.

Schleswig-Holstein

■ Elmshorn gibt ein Beispiel

Zum ersten Mal ist in diesem Jahr das Thema „Selbstschutz“ in das Programm der Volkshochschule Elmshorn aufgenommen worden. Die Grundlage dazu bildet das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, das am 12. Juli 1968 verkündet worden ist und den Aufbau, die Förderung und Leitung des Selbstschutzes den Gemeinden überträgt.

In fünf Doppelstunden wird nach einem genau festgelegten Plan erläutert, welche Aufgaben der Selbstschutz hat und welche Sofortmaßnahmen ergriffen werden müssen, um in Katastrophenfällen Menschenleben zu retten. Die Volkshochschule bietet seinen Hörern neben praktischen Hinweisen und sachlichen Informationen auch Filmabende über die Aufgaben des Selbstschutzes. Die Bevölkerung wurde auf die Wichtigkeit dieses Lehrgangs hingewiesen. Diese Unterweisungen im Selbstschutz sollen in der Volkshochschule Elmshorn zu einer ständigen Einrichtung werden; sie finden in dem städteigenen Lehrraum des Bundesverbandes für den Selbstschutz im ehemaligen Gewerkschaftshaus statt, wo alle erforderlichen Voraussetzungen für eine sachgemäße und praktische Unterrichtung vorhanden sind.

Durch solche wirklichkeitsnahe Volkshochschularbeit gibt Elmshorn ein gutes Beispiel für andere Städte und Gemeinden.

P. E.

■ Übungsanlage in Selbsthilfe

Die Dienststelle Itzehoe des Bundesverbandes für den Selbstschutz hat von der Stadt ein Gelände in Pünstorf erhalten, auf dem sich die Helfer in Selbstarbeit Übungsanlagen errichten wollen.

Neben einem Bunker, der Brandschutzübungen dient, entsteht ein Trümmerstern, der Übungen auf dem Gebiet der Rettung und Selbstbefreiung unter wirklichkeitsnahen Bedingungen ermöglicht. Geplant sind ferner ein Brunnen, ein Löschteich sowie ein Unterrichts- und ein Geräteraum. Auf dem Gelände will die Dienststelle vorwiegend Fachlehrgänge des Selbstschutzes auf dem Gebiet des Brandschutzes, des Rettungswesens und der Laienhilfe veranstalten.

Itzehoe wird damit als einzige Stadt in Schleswig-Holstein in nächster Zeit über eine Übungs-

anlage verfügen, die allen Anforderungen der Ausbildung gerecht wird. Der Ausbau erfolgt fast ausschließlich durch ehrenamtliche Helfer. Die Stadt hat jedoch an die Einwohner appelliert, diese Arbeiten nach Kräften zu unterstützen.

Gleichzeitig hat der Verband im gesamten Kreis Steinburg bereits mit dem Ausbildungsprogramm des Winterhalbjahres begonnen.

P. E.

Nordrhein-Westfalen

■ Ausstellungen werben für Selbstschutz

Neben den Zivilschutztagen in Köln und einer Ausstellung in Düsseldorf beteiligte sich der BVS an zwei weiteren Ausstellungen, die erfahrungsgemäß von der Bevölkerung stark besucht werden.

Es waren dies: Die Ausstellung „Lebendiger Niederrhein“ vom 7. bis 15. September in Kempen, welche alle zwei Jahre stattfindet, und auf der unser Verband stets vertreten ist. Von der Gesamtbesucherzahl der Ausstellung (230 000 Pers.) besuchten etwa 180 000 Personen den BVS-Stand. Hierbei konnten zahlreiche Einzelgespräche geführt werden. Über 6000 Plastiktaschen mit Informationsmaterial wurden verteilt. Nach Beendigung der Ausstellung wurde der BVS-Dienststelle Kempen eine besondere Ehrung zuteil. Sie erhielt von der Stadt Kempen eine Ehrenurkunde, in der die besonderen Leistungen, die zum Erfolg der Veranstaltung beigetragen haben, gewürdigt wurden. Mit dieser Ehrung wurden gleichzeitig die ehrenamtlichen Helfer ausgezeichnet, die durch ihren unermüdlichen Einsatz den Selbstschutzgedanken in die Bevölkerung getragen haben.

Handelte es sich in Kempen um eine Beteiligung in kleinerem Rahmen, so wurde bei der „Ahlener Woche 1968“, Kreis Beckum, die Standard-Ausstellung (Ipa-Koje) gezeigt, die durch ihre Gestaltung und ihre vielseitige Aussage bei den Besuchern der Ausstellung einen außerordentlich guten Eindruck hinterließ. Hinzu kam, daß die Ausstellungsleitung unserem Verband einen Platz zugewiesen hatte, zu dem der Besucherstrom in jedem Fall hingelenkt wurde. In den neun Tagen der Ausstellung konnten mehr als 3000 Einzelgespräche geführt werden. 350 Besucher erklärten sich zur Teilnahme an einer Selbstschutz-Grundausbil-

dung bereit. Die Zahl der Interessenten hat sich in der Zwischenzeit noch erhöht, da viele Bewohner aufgrund der ausgehenden Werbeprospekte um eingehende Informationen baten. Bisher wurden als Auswirkung dieser Ausstellung 11 Grundausbildungen für die Bevölkerung durchgeführt. Hinzu kommt die Grundausbildung für die Züge des DRK und des Malteser Hilfsdienstes. Fünf Betriebe des Kreises Beckum sind an die Dienststelle mit der Bitte um Information und Ausbildung herangetreten.

Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben unseren Ausstellungsstand eingehend besichtigt, u. a. der Landrat des Kreises Beckum, der Stadtdirektor von Sendenhorst und der Leiter des Ordnungsamtes Heessen. Sehr interessiert zeigten sich die im Kreis Beckum stationierten Offiziere der Bundeswehr, die zusagten, die begonnene Ausbildung der Zivilangestellten durchzuführen. Eingehende Informationen erbaten die Freiwilligen Feuerwehren und die Basisorganisationen sowie die Leiter mehrerer Ämter in Ahlen, Beckum und Oelde. Zu dem Kreis aufmerksamer Besucher gehörten ebenfalls die Direktoren und Rebforen der Gymnasien und Schulen des Kreises Beckum.

Am „Tag der offenen Tür“ der Stadt Duisburg, in Duisburg-Hamborn am 20. September, beteiligte sich auch die BVS-Dienststelle. Sie zeigte eine Selbstschutzzug-Ausrüstung mit Löschkarren auf dem Altmarkt, wo das Amt für Zivilschutz der Stadt Duisburg gleichfalls Geräte des Katastrophenschutzes zur Schau stellte. Eine Werbe- und Informationschau im Rathaus unternichtete die Bevölkerung über Vorsorgemaßnahmen für Katastrophenfälle im häuslichen und nachbarschaftlichen Bereich. Die Vorführung von Kurzfilmen und Bildbändern der Tonbildschau ergänzten die praktischen Hinweise. Beide Einrichtungen wurden von rd. 1800 Personen besucht. Unter ihnen befand sich auch der zuständige Dezent für Zivilschutzmaßnahmen, Beigeordneter Thome, der Leiter des Amts für Zivilschutz, Oberverwaltungsrat Hellmann, mit seinen engsten Mitarbeitern sowie der Leiter der Freiwilligen Feuerwehr.

Der Dank der Landesstelle gilt allen beteiligten ehrenamtlichen Helfern und Bediensteten, die zum Gelingen und zum Erfolg der Ausstellung beigetragen haben.

■ Gute Zusammenarbeit

Bei der freiwilligen Unterrichtung und Ausbildung der Bürger auf dem Gebiete des Katastrophenschutzes sollen sich die Gemeinden der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen, insbesondere des Bundesverbandes für den Selbstschutz bedienen. Über diese Zusammenarbeit wie auch über die Situation des Selbstschutzes der Stadt Rheydt führten Oberstadtdirektor Freuen und Dienststellenleiter Corsten ein Gespräch. Hierzu schrieb der Oberstadtdirektor am 25. 9. 1968 an den Dienststellenleiter:

„Sehr geehrter Herr Corsten!
Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 10. 9. 1968 und die Übersendung des Sonderdrucks 3'68 „schwarz auf weiß“ mit dem Abdruck des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 12. 7. 1968 (BGBl. I S. 776). Den Sonderdruck habe ich mit Interesse gelesen.“

Wie ich bereits bei unserem Gespräch am 19. 9. 1968 betonte, lege ich großen Wert auf gute Zusammenarbeit mit Ihrer Dienststelle und meiner Behörde — insbesondere dem Amt für Zivilschutz.

Die in den §§ 10 und 11 des eingangs genannten Gesetzes aufgeführten Aufgaben lassen die Notwendigkeit des Zusammenwirkens klar erkennen. Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Corsten, und die Mitarbeiter Ihrer Dienststelle bitten, weiterhin für den Selbstschutzgedanken zu werben, beim Aufbau des Selbstschutzes — auch in Behörden und Betrieben — mitzuwirken und die Bevölkerung über die Gefahren, die ihr durch Angriffswaffen drohen, aufzuklären und entsprechend auszubilden. Näheres über die Durchführung der neuen Konzeption werden Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften regeln. Bis zu ihrem Erscheinen muß versucht werden, zumindest den Stand des bisher Erreichten zu erhalten. Dazu wird es unerlässlich sein, wie auch in der Vergangenheit, stets eng und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern für Ihre schweren Tätigkeiten viel Erfolg und alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Freuen, Oberstadtdirektor“
Zum gleichen Thema schrieb behördenselbstschutzleiter der Stadtverwaltung Rheydt an die Dienststelle:

„Sehr geehrter Herr Corsten!
Am 23. 7. 1968 hatten wir ein längeres Gespräch über die in nächster Zeit erforderlichen Lehrgänge zur Ausbildung der Selbstschutzkräfte. In diesem Zusammenhang diskutierten wir die möglichen Konsequenzen aus dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes für die Fortsetzung unserer bisherigen Zusammenarbeit. Gerade im augenblicklichen Stadium des Aufbaues des Behördenselbstschutzes in der hiesigen Stadtverwaltung, besonders nach der vorgenommenen Neuordnung der Volksschulen, würde es für meine Arbeit einen empfindlichen Rückschlag bedeuten, wenn unsere bisherige, fruchtbare Zusammenarbeit unterbrochen oder nicht mehr im bisherigen Maße fortgesetzt würde. Ich möchte Sie daher bitten, trotz Fehlens neuer Richtlinien für Ihre Beteiligung bei Aufbau und Ausbildung des Selbstschutzes sich weiterhin, wie bisher, mit Rat und Tat zur Verfügung zu stellen.“

Hochachtungsvoll

Im Auftrag
gez. Wronka
Städt. Baurat
Hauptbehördenselbstschutz-
leiter“

Der Inhalt dieser Schreiben wurde allen Helfern und Mitarbeitern bekanntgegeben.

■ 25 Hunde im Rettungsdienst

Die Rheydter Dienststelle des Bundesverband für den Selbstschutz, die sich als einzige in Nordrhein-Westfalen auf breiter Basis mit der Ausbil-

dung von Rettungshunden befaßt, meldet wieder einen großen Erfolg. Von elf Hundeführern, die mit ihren Hunden zu einem Lehrgang für die Rettungshunde-Prüfung in die Landesschule Niedersachsen in Voldagsen kamen, waren allein sieben Teilnehmer aus Rheydt. Anschließend erhielten für die bestandene Prüfung ihrer Tiere die Hundeführer auf dem Übungsgelände der BVS-Dienststelle die Prüfungsurkunden. Dies waren: Harald Heiden mit dem Boxer „Quiril“, Theo Hermanns mit dem Schäferhund „Black vom Vereinshaus“, Walter Hermanns mit dem Schäferhund „Barry vom Vereinshaus“, Ludwig Weber mit dem Schäferhund „Pitt“ und Oswald Zerres mit dem Schäferhund „Amor von der Bruckner-Allee“. Dazu kommen die ebenfalls in Rheydt ausgebildeten Boxer „Biene von der Klingengast Solingen“ und „Andra vom Bergischen Land“ mit ihren Führern Hans-Hermann Bischoff und Frau Gisela Busch, beide aus Solingen.

Damit haben bisher insgesamt 25 Tiere die Rettungshunde-Prüfung bestanden. Daß bis heute keiner der Prüflinge durchgefallen ist, muß als besonderes Verdienst dem bisherigen Dressurwart und jetzigen Leistungsrichter Walter Hermanns zugeschrieben werden, der seit 1959 alle für den Katastrophendienst vorgesehenen Hunde ausgebildet und für die Abschlußprüfung auf Bundesebene vorbereitet hat.

Auf diese Prüfungserfolge ist der Bundesverband für den Selbstschutz in Rheydt sehr stolz. Resultate, die bisher noch

von keiner Stadt im Bundesgebiet in dieser Vielzahl erreicht wurden. Dienststellenleiter Heinz Corsten meinte: Daß wir diesen Erfolg verzeichnen dürfen, ist das Verdienst langjähriger guter Zusammenarbeit mit dem Deutschen Schutzhund-Verein, Ortsverein Rheydt, und dem Internationalen Boxer-Club in Solingen. L. D.

Baden-Württemberg

■ Landtagspräsident Dr. Wurz bei den BVS-Helfern

Die von der ehrenamtlichen Dienststelle Bühl veranstalteten Selbstschutz-Vergleichswettkämpfe 1968 sind ein großer Erfolg geworden. 34 Selbstschutzzugstaffeln aus 22 Gemeinden Nord- und Südbadens rangen um Siegerpreis und Länderpokal. Die Anwesenheit des Abteilungsleiters Hanke (Bundeshauptstelle) unterstrich die Bedeutung, die der Selbstschutz-Ausbildung beigegeben wird.

In den Wettbewerben belegten die ersten Plätze:

Rettungsstaffeln:

1. Preis Waldshut
 2. Preis Mannheim
 3. Preis Karlsruhe
- Laienhelferstaffeln:

1. Preis Konstanz
2. Preis Tiengen
3. Preis Waldshut

Kraftspritzenstaffeln:

1. Preis Waldshut I
2. Preis Mannheim
3. Preis Bühlertal

In der Zugwertung:

1. Preis Waldshut
2. Preis Mannheim
3. Preis Tiengen

Die ehrenamtliche Dienststelle Waldshut holte sich damit den Wanderpokal zurück.

Während des Kameradschaftsabends, bei dem zahlreiche Ehrengäste anwesend waren, grüßte Landtagspräsident Dr. G. Wurz, zugleich im Namen der Abgeordneten des Bundestages und des Landtages, die Helfer. Er dankte ihnen, daß sie sich in ihrer Freizeit dem Selbstschutz zur Verfügung stellen.

Der Landtagspräsident betonte, daß bei allem technischen Fortschritt die Natur ein nach wie vor schwer zu berechnender Faktor sei und Katastrophen, ähnlich wie z. B. die von Pforzheim, sich auch in Zukunft wiederholen könnten. Auf die politischen Aufgaben des Verbandes eingehend, sagte er, daß nicht erst ein Krieg die Notwendigkeit eines Selbstschutzes nachzuweisen brauche. Gerade in der gespannten heutigen Zeit

sei der Einbau entsprechender Sicherungen vonnöten.

Dr. Wurz erklärte wörtlich: „Es ging uns noch nie so gut wie gerade jetzt. Andererseits aber waren wir selten so sehr in Gefahr wie heute.“ Aus dieser Erkenntnis müsse jeder die Konsequenzen ziehen. Dr. Wurz versicherte den Helfern, daß sie trotz Anfeindungen und Ungünstigkeit eines Teils der Bevölkerung ihren festen Platz in der Gesellschaft hätten. „Sie erfüllen eine wichtige Aufgabe zum Nutzen der Bevölkerung, und dafür gebührt Ihnen höchstes Lob und Anerkennung.“ Zuvor hatte Dr. Wurz zu dem Motto des Abends Stellung genommen und es als sinnvoll bezeichnet, daß die Rolle der Frau als unbekannter Helfer gebührend herausgestellt wurde. Besonders freute er sich über die zahlreiche Teilnahme der Jugendlichen, die ein Beweis für das erfreuliche Interesse der jungen Menschen an der Selbstschutzarbeit sei.

Die Rede des Landtagspräsidenten wurde vom Beifall der Gäste und Selbstschutz-Helfer begleitet, ebenso wie die Grußadresse des Ministerpräsidenten Dr. Filbinger, in der es heißt: „Ich bin mir bewußt, wie wichtig es ist, daß sich ehrenamtliche Helfer dem Selbstschutz, der Feuerwehr, dem Roten Kreuz und dem Technischen Hilfswerk zur Verfügung stellen, um zu helfen, wenn einzelne oder die Gemeinschaft in Gefahr sind und wenn es darum geht, Leben, Gesundheit sowie Hab und Gut zu retten. Denen, die sich für diesen selbstlosen Einsatz vorbereiten und sich in Verantwortung für das Ganze den Gefahren unserer Zeit, die wir nach besten Kräften zu bannen trachten, nicht verschließen, gebührt Dank, Anerkennung und Förderung aller. Ich grüße die Teilnehmer der Vergleichswettkämpfe der Selbstschutzzüge des Landesteils Baden in Bühl und wünsche den Wettkämpfern einen guten Verlauf.“

Ein besonderer Höhepunkt war die Verleihung des Verdienstkreuzes am Bande an den ehrenamtlichen Dienststellenleiter Fritz Büchner. Landrat Trippel, der die Ehrung vornahm, betonte bei seiner Ansprache, daß mit dieser Auszeichnung die Arbeit des BVS und aller Mitarbeiter und Helfer gewürdigt werde.

Die Siegerehrung nahm Abteilungsleiter Hanke (Bundeshauptstelle) vor, der feststellte, daß diese Wettkämpfe keine Schau sein sollten, vielmehr solle der Ausbildungsstand der



Fünf Hunde aus Rheydt haben in Waldbröl ihre Prüfung als Rettungshunde bestanden. Dienststellenleiter Corsten (rechts) überreicht den Hundebesitzern die Urkunde. V. l. n. r.: Walter Hermanns, Harald Heiden, Ludwig Weber, Oswald Zerres und Theo Hermanns.

Helfer überprüft und demonstriert werden. Der Wert planvoller Nachbarschaftshilfe sei verdeutlicht und ein reales Bild des Selbstschutzes der Öffentlichkeit gezeigt worden.

■ **BVS auf dem „Cannstatter Wasen“**

Zum 150. Male wurde heuer dieses große Volksfest begangen. Traditionell gehören zu ihm das Festbier und die Laugenbretzel ebenso wie das Landwirtschaftliche Hauptfest, das im Dreijahresturnus unter großer Beteiligung der ländlichen Bevölkerung zwischen Main und Bodensee gefeiert wird. Auf über 15 ha Ausstellungsgelände zeigten mehr als 400 Aussteller ihre Erzeugnisse für den Landwirt. Viele Sonderschauen gaben einen umfassenden Überblick vom hohen Leistungsstand der baden-württembergischen Landwirtschaft, ihrer vorbildlichen Vieh-, Pferde- und Kleintierzuchten. Bei einer Reihe von Sonderveranstaltungen wurden unter anderem die Leistungswettkämpfe der bäuerlichen Jugend ausgetragen und die Bundessieger ermittelt. Die Bedeutung dieser Veranstaltung wurde dadurch gekennzeichnet, daß der Ministerpräsident die Schirmherrschaft übernommen hatte. Was lag für die BVS-Landesstelle Baden-Württemberg näher, als bei dieser Gelegenheit für die Selbsthilfe im ländlichen Raum zu werben und mit der Sonderausstellung Selbstschutz in landwirtschaftlichen Betrieben auf Gefahren und Schutzmöglichkeiten hinzuweisen.



Mit einer Sonderschau warb der BVS auf dem „Cannstatter Wasen“ für den Selbstschutz. Die Besucher folgten den Erläuterungen des BVS-Interpreten mit großem Interesse.

Zwar war das BVS-Zelt ein wenig abgelegen am Rande des Ausstellungsgeländes, aber dieser Nachteil machte sich nicht störend bemerkbar, weil die Nachbarn die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften mit ihrer Sicherheits- und Unfallverhütungsschau und die Lehrschau Forst und Holz waren, die von vielen Ausstellungsbesuchern aufgesucht wurden. Die Thematik Selbstschutz zog in erster Linie solche Besucher an, die tatsächlich an Schutzfragen interessiert waren. Dadurch waren relativ wenig „Sehleute“ und „Durchläufer“ in der Ausstellung. Die als Interpreten eingeteilten Bedien-

steten der Fahrbaren Informations- und Beratungsstelle hatten viele „unter die Haut“ gehende Fragen zu beantworten. Fast 50% der Ausstellungsbesucher wünschten sehr eingehend informiert zu werden. Eine gute Unterstützung war durch die klare und leichtverständliche Aussage der Graphiker, die einen umfassenden Überblick über die Schutzprobleme im ländlichen Gebiet vermitteln, gegeben. Besondere Anziehungspunkte waren die an einen Traktor angebaute Zapfwellenpumpe, die Strahlenschutzmodelle und die für „Erste Hilfe an Tieren“ gezeigte Stallapotheke.

Hinweise auf sinnvolle Bevorratung für Mensch und Tier sowie auf die Verwendbarkeit vorhandener Gerätschaften zur Brandbekämpfung und Rettung wurden dankbar aufgenommen; halfen sie doch den Vorbehalt abzubauen, daß die Vorsorge eine finanzielle Belastung des Betriebes mit sich bringen würde.

Die Gelegenheit für den Bundesverband für den Selbstschutz, mit dieser Sonderausstellung auf dem Landwirtschaftlichen Hauptfest auf die Schutznotwendigkeiten — und -möglichkeiten im ländlichen Raum hingewiesen zu haben, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Eine Anzahl Bürgermeister, Gemeinderäte, Bedienstete von Landwirtschaftsschulen und Ämtern sowie viele Angehörige der Katastrophenschutz-Organisationen haben die Ausstellung gesehen.

■ **Veranstaltungskalender**

Im 1. Halbjahr 1969 führt das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz die nachfolgenden Ausbildungsveranstaltungen durch:

1. Lehrgänge für Hauptverwaltungsbeamte und deren Vertreter aus Gemeinden und Städten bis 20 000 Einwohner
vom 14.—17. Januar
vom 21.—24. Januar
vom 4.—7. Februar
vom 25.—28. Februar
vom 11.—14. März
vom 25.—28. März
vom 15.—18. April
2. Lehrgänge für Hauptverwaltungsbeamte und deren Vertreter aus Städten über 20 000 Einwohner
vom 10.—13. Juni
vom 24.—27. Juni
3. Lehrgänge für Medizinalbeamte der kreisfreien Städte und Landkreise u. a.
vom 4.—6. März
vom 22.—24. April
vom 6.—8. Mai

4. Informationstagungen für leitende Kräfte der kommunalen und überregionalen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
vom 28.—29. Januar
vom 11.—12. Februar
vom 18.—19. März

3. Planungsseminare „Baulicher Zivilschutz“ (Grundlehrgänge) für leitende Bedienstete der kommunalen und staatlichen Bauverwaltungen, der Bauaufsichts- und Baugenehmigungsbehörden sowie für Dozenten der Staatsbauschulen u. a.

Zugelassen sind ferner freischaffende Architekten, Bauingenieure und Baumeister sowie angestellte Bauschaffende von Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaften:

- vom 14.—17. Januar
- vom 4.—7. Februar
- vom 25.—28. Februar
- vom 11.—14. März
- vom 25.—28. März
- vom 15.—18. April
- vom 10.—13. Juni und
- vom 24.—27. Juni

Die Einladungen zu den Veranstaltungen sind durch das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz an die jeweils beteiligten Behörden und Verbände ergangen.

Aus der Nähe besehen . . .

Unser Ratofoto zeigt das Gummimundteil zum Orosprator, dem Mundbeatmer zur Erleichterung der Atemspende.



Besondere Anziehungskraft übte das Schaltpult aus, mit dessen Hilfe dem Beschauer vielfältige Fragen über radioaktiven Niederschlag beantwortet wurden.